

Aus dem Inhalt:
Hitlers Generale
Wo steht Jugoslawien?
Deportierte Arbeiter
Brauner Schweinemord

Die Anklage

Das internationale Verbrechen des braunen Systems.

Das republikanische Spanien trägt zum zweiten Male seine Anklagen gegen die faschistischen Angreifer vor den Völkern. Im Dezember 1936 ist es den Diplomaten der Westmächte noch gelungen, die Anklage in eine allgemeine Anklage zu verwandeln und zu verhindern, offen auszusprechen, was alle Welt wußte. Heute können alle diplomatischen Bemühungen nicht mehr verhindern, daß die Schuldigen mit Namen genannt, daß sie angeklagt und mit niederschmetternden Beweisen ihrer Verbrechen gegen das internationale Recht, gegen Leben und Freiheit eines Volkes, gegen die Menschlichkeit angeklagt werden.

Diesmal nimmt sich das Opfer des Angriffs das Recht, das das elementarste Recht des Angegriffenen sein sollte: Das ist die Völkerbunddiplomatie es bis jetzt als ihre Aufgabe angesehen hat, das Opfer vom Gebrauch dieses elementarsten Rechts abzuhalten, ist das schändlichste Kapitel in der Geschichte des Völkerbundes. Besser ist es, seine Ohnmacht zu gestehen, als Recht und Wahrheit zu vergewaltigen und damit die moralische Grundlage der Völkerbundsidee zu zerstören.

Die Anklage des republikanischen Spaniens richtet sich gegen Italien und Deutschland, besser, gegen die italienische und die deutsche Regierung. Das heißt, gegen Mussolini und Hitler. Es ist eine lange Reihe von Anklagen, die das republikanische Spanien gegen das Dritte Reich vorlegen kann, und diese Anklagen werden gipfeln in der Darlegung der erschütternden Szenen bei der Zerstörung von Guernica. Das sind übrigens nicht die letzten Verbrechen; denn die Praxis von Guernica ist seitdem an der Bilbaofront systematisch fortgesetzt worden.

Gegenüber Italien vermag die spanische Regierung ein Dokument über einen Hauptpunkt vorzulegen — über die systematische Vorbereitung der Rebellion, über ihre Finanzierung und Ausrüstung durch Mussolini lange vor dem Ausbruch. In diesem Punkte fehlen heute noch dokumentarische Beweise gegen das Dritte Reich. Wie Italien den abessinischen Krieg vorbereitet hat, ist von Marschall Emilio de Bono in seinem Erinnerungsbuch geschildert worden:

»Der Duce war der Ansicht, daß die Angelegenheit nicht über 1936 hinausgezögert werden dürfe. Wir befanden uns damals im Herbst 1933. Der Duce hatte mit niemandem über die kommenden Operationen in Ostafrika gesprochen. Er und ich — wir beide allein wußten, was sich ereignen würde, und es durfte darüber keine Indiskretion geben, die die Öffentlichkeit unterrichtet hätte... Der Duce gab Befehl, mit aller Geschwindigkeit vorwärts zu gehen. Ich sollte so frühzeitig wie möglich fertig werden. Wir brauchen Geld, sagte ich ihm. An Geld wird es nicht fehlen, antwortete mir Mussolini.«

So bereiten Diktaturen Kriege vor! Wir wissen nicht, wer im Dritten Reich den Plan zum Kriege in Spanien gefaßt, wer ihn beschlossen, wer im geheimen mit den Rebellen vor dem Ausbruch verhandelt hat. Daß es geschehen sein muß, ergibt sich zwingend aus dem Verlauf der Dinge. Wäre es bekannt, so würde es wertvolle Aufschlüsse über die Machtverhältnisse in der Spitze des Systems geben. Aber sicher ist: wenn nicht ein einzelner, so haben ganz wenige unverantwortliche Personen diesen Interventionskrieg beschlossen und vorbereitet, haben ihn begonnen, ohne dem deutschen Volke auch nur mitzuteilen, daß Deutschland Krieg führe... Wir wissen: dieser Interventionskrieg

Hitlerflieger vor Gericht

Todesurteile in Bilbao — Hitler droht mit Repressalien

In Bilbao sind zwei deutsche Flieger, die an den Luftangriffen gegen die baskische Republik teilgenommen haben, vor Gericht gestellt worden. Sie sind unter der Anklage der Rebellion und des Mordes zum Tode verurteilt worden.

Der erste der Angeklagten, Hauptmann Kienzie, sagte aus:

»Wir haben eine Menge über Spanien gehört und gelesen, daß alles in einem großen Durcheinander wäre, Kirchen zerstört, Nonnen ermordet, und wir haben Photographien in den Zeitungen gesehen. Nachdem die deutsche Regierung General Franco anerkannt hatte, fürchteten wir ungünstige Konsequenzen für Deutschland, wenn General Franco nicht siegen würde.«

Bevor ich nach Spanien kam, wußte ich nicht, daß die republikanische Regierung existiert, da ich in den Zeitungen nur von Unordnung auf der Seite der Regierung und Ordnung auf Francos Seite gelesen hatte. Ich sehe, daß Ordnung herrscht, daß Geistliche ganz normal umhergehen, daß Messen gehalten werden, und daß die Leute hier sehr nett zu uns sind. Ich selbst war sehr betroffen, als mir Bilder von dem Luftüberfall gezeigt worden sind.«

Als der Angeklagte gefragt wurde, ob er es für Recht halte, daß Deutschland Truppen und Waffen sende, antwortete er:

»Meine Ansicht ist, daß es nicht Recht ist, soweit diese Front in Betracht kommt.«

Der Ankläger fragte weiter: »Anerkennen Sie, daß Deutschland dies tut?« Der Angeklagte antwortete: »Ja.«

Der zweite Angeklagte, Leutnant Schultze-Planck, sagte aus:

»Es war der allgemeine Eindruck, den ich aus den deutschen Zeitungen hatte, der mich bewog, nach Spanien zu gehen. Sie berichteten über bolschewisti-

sche Absichten in Spanien und brachten Berichte, daß Rußland, Frankreich und England die Roten mit Material versorgten. Es schien, daß Deutschland große Gefahr von Frankreich und Rußland drohe, und daß wir den Weißen helfen müßten, um die Drohung gegen Europa aufzuhalten. Ich sehe es als ungerecht an, Frauen und Kinder mit Maschinengewehren zu beschleßen, und es ist uns in Deutschland niemals gesagt worden, daß dies unsere Aufgabe sein würde.«

Der Ankläger sagte, der Fall liege sehr einfach:

»Dies Land, das älteste und demokratischste der Welt, wird von deutschen Flugzeugen brutal angegriffen. Diese Männer sind deutsche Militärflieger, die eingeständenermaßen als Freiwillige hierherkamen und an den Angriffen auf unsere Linien teilgenommen haben.«

Der Verteidiger führte aus:

»Sie können die Gefangenen für die Handlungen Deutschlands nicht verantwortlich machen, auch nicht für die schrecklichen Verbrechen, die von der deutschen Luftwaffe begangen worden sind, seitdem sie gefangen genommen worden sind.«

Das Todesurteil ist bisher nicht vollstreckt worden. Hitler hat der baskischen Republik mit schweren Repressalien gedroht, falls es vollstreckt werde. Er hat damit die Verantwortung für die Taten seiner Flieger offiziell übernommen. Der französische Außenminister Delbos hat gleichfalls um Nichtvollstreckung gebeten.

Hunnen der Luft

Anklage des Bürgermeisters von Guernica.

Der Bürgermeister von Guernica, de Labauria, hat an die belgische Genossin Isabelle Blume, eine bewährte Freundin Spaniens, ein Schreiben gerichtet, in dem er

größerer Verbrechen mit noch größeren Konsequenzen fähig ist.

Die Völkerbundstagung wird die Anklagen hinnehmen. Sie wird keine Lösung des Konfliktes bringen. Die Staatsmänner werden schweigen wie zuvor, und sie werden trachten, die brutale Wahrheit zu verbergen, daß die Regierungen das Recht gegenüber der Gewalt preisgegeben haben. Aber solange das Spanien des Volkes kämpft — und es ist zum Siege entschlossen — so lange ist das Recht nicht tot. Dieser Kampf ist eine große moralische Gewalt, und diese Gewalt wird noch verstärkt werden durch die Anklagen, die die angegriffene spanische Republik vor dem Forum des Völkerbundes erheben wird.

Opfer des Terrors

Genosse Schmetzer gestorben.

Aus Frankfurt wird uns unterm 19. Mai folgendes berichtet:

Genosse Valentin Schmetzer früherer Sekretär des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, der wegen »politischer Umtriebe«, wie die Nazis sich auszudrücken pflegen, von »Rechts wegen« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, ist durch den Tod von seinen Zuchthausqualen erlöst worden.

Eines Tages erhielt die Frau Schmetzers folgendes Telegramm: »Sie haben ihren Mann im Zuchthaus abzuholen, da seine Krankheit sich verschlimmert hat. Nach Wiederherstellung hat er sich bei uns wieder zu melden. Die Krankheit gilt nur als Strafunterbrechung.«

die Vernichtung seiner Stadt, die Ermordung ihrer friedlichen Einwohner durch die Flieger des Dritten Reichs in erschütternder Weise schildert. Er beginnt mit der Erklärung:

Ich bin Katholik und Bask. Als Katholik rufe ich Gott zum Zeugen an, als Bask schwöre ich bei meinem Vaterlande, daß alles, was ich berichte, auf Wahrheit beruht.

Und nun schildert der Bürgermeister, wie die Stadt Guernica am 26. April in tiefem Frieden da lag, die katholisch-gläubige Bevölkerung ihrer friedlichen Alltagsbeschäftigung nachging — kein »rotter« Militär war da — als plötzlich die Flieger erschienen und ihr Vernichtungswerk begannen. Drei Stunden lang, schreibt er, hatten wir den Eindruck, als ob ein gigantisches Geschütz unaufhörlich auf uns feuerte. Auf den Straßen wälzten sich die Menschen in ihrem Blut. Einzelnen wurden sie wie Wild gejagt und erschossen. Einem Teil der Bevölkerung gelang es, sich in Unterstände zu flüchten, als sie nach dreistündiger Beschließung wieder an das Tageslicht stiegen, fanden sie an Stelle einer blühenden, lebensvollen Stadt einen Trümmer- und Aschehaufen. Es fehlte nur noch, schreibt der Bürgermeister, ein Gedenkstein dazu mit den Worten:

»Da ist die deutsche Kultur drüber hinweggegangen!«

Von ihrem eigenen Verbrechen erschreckt, versuchen sie sich reinzuwaschen und die Schuld den »Roten« zuzuschreiben. Nero zündete selber Rom an und erhob dann gegen die Christen Anklage wegen dieses Verbrechens. In Guernica aber haben gefangen genommene deutsche Flieger die Wahrheit gestanden, für sie zeugen auch die Bomben, die nachweisbar alle deutscher Herkunft waren. Hunderte von Einwohnern der Stadt, die die Katastrophe überlebt haben, sind bereit, diese Wahrheit zu bestätigen.

So der Bürgermeister von Guernica.

Trotz erblicher wirtschaftlicher Schädigung durch die Verurteilung ihres Mannes und dessen Strafverbüßung, hat die Frau doch die erforderlichen Mittel von etwa 50 RM. aufgebracht und ihren Mann aus dem Zuchthaus mittels Auto in das Krankenhaus von Frankfurt verbracht. Einige Tage später ist er jedoch gestorben. Der Tod hat ihn von allen noch zu erduldenen Zuchthausleiden erlöst.

Valentin Schmetzer wurde im November 1935 verhaftet und 1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein Viertel seiner Strafe hatte er bis zu seinem Tode verbüßt. Am 28. April 1937 wurde seine Leiche auf dem Hauptfriedhofe in Frankfurt a. M. eingesechert.

Sein Andenken wird unvergessen bleiben!

Ein neuer Justizmord

Wegen illegaler Betätigung hingerichtet.

Am 25. Mai wurde der 21jährige Kommunist Otto Kropp aus Köln wegen angeblichen Hochverrats hingerichtet. Seine Verurteilung ist am 15. Januar erfolgt. Prozeß und Verurteilung sind streng geheim gehalten worden. Die braune Justizstelle teilt mit, Otto Kropp habe im Zusammenhang mit der Komintern illegale Verbindungen und Organisationen aufgezogen.

Otto Kropp ist im Kampfe um die Freiheit der politischen Betätigung gefallen. Die Richter, die ihn verurteilten, die Hintermänner, die den Richtern das Urteil vorschrieben, sind Mörder.

Das Dritte Reich in Wien

Eine Gastvisite.

Am 23. Mai haben deutsche Handballspieler in Wien ein Spiel geliefert. Die österreichischen Nazis haben die Gelegenheit zu einer Massendemonstration benutzt, deren Regie unzweifelhaft im Dritten Reich gemacht worden ist.

Die Regisseure markieren die Harmlosen — sie haben nicht einmal etwas gemerkt. So berichtet der »Völkische Beobachter« (Nr. 144): »Oftmals ertönte jetzt der Ruf: Deutschland vor — noch ein Tor!« Ein merkwürdig harmloses Gehör! Andere haben gemeint, die wohlorganisierten Sprechchöre hätten etwas ganz anderes gerufen, nämlich: »Oesterreich — ins deutsche Reich«. Aber die harmlosen Regisseure haben auch nichts gesehen. »Die Massen« — so liest man es im »Völkischen Beobachter« — »von denen man eine politische Demonstration befürchtete, sind ruhig heimwärts gegangen.«

Eine Nummer weniger harmlos offiziell liest man in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« (Nr. 234): »Die Oesterreicher standen auch unter dem Druck politischer Kundgebungen, die den Ablauf der Sportveranstaltungen störten.«

Und noch weniger offiziell in der »Frankfurter Zeitung« Nr. 258: »Die deutschen Spieler wurden von der zahlreich erschienenen Jugend aus nationalen Kreisen durch Schwingen von Hakenkreuzfähnen, durch Zurufe und Sprechchöre kräftig angefeuert. Unter den Zuschauern kam es zu einigen kleineren Ruhestörungen und Prügeleien, besonders auf den Stehplätzen.«

In Wahrheit war es ein großer Skandal — eine echte Gastvisite des Dritten Reiches. Dazu haben sie ja auch die »Verständigung« vom 11. Juli 1936 gemacht.

Eine neue moralische Niederlage

Der amerikanische Kardinal Mundelein, der deutscher Herkunft ist, hat in Chicago vor 500 katholischen Prälaten und Geistlichen den schmutzigen Kampf des Reichspropagandaministeriums gegen die katholische Kirche gekennzeichnet und hat Hitler, Göring und Göbbels heftig angegriffen.

Der deutsche Botschafter in Washington hat gegen diese Rede auf Befehl protestieren müssen. Dieser Schritt ist in Washington höflich aber kühl abgelehnt worden — dafür hat die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten dem Kardinal ihre Zustimmung zu seiner Kritik ausgesprochen. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten ist ohnehin über Guernica sehr erregt. Sie hat auch die kaschemmenmäßigen Beschimpfungen des New Yorker Oberbürgermeisters in der deutschen Presse noch keineswegs vergessen.

Alles Geld des Propagandaministeriums kann nicht wieder gutmachen, was das System durch seine Ausbrüche anrichtet.

Schweige zu Hause!

Selbst die Wände haben Ohren.

Vor dem Schöffengericht Wesermünde hatte sich ein Mann aus Leherheide, der zahlreiche abfällige Bemerkungen über den heutigen Staat gemacht hatte, zu verantworten. Im gleichen Haus wohnte ein Politischer Leiter der NSDAP, der seine Bemerkungen hören mußte, da die Wand zwischen den beiden Wohnungen nur einen halben Stein dick ist. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis. (»Frankfurter Zeitung« Nr. 256/57).

Hitler ist glücklich

Das Pariser »Journal« veröffentlicht ein Interview, das einer seiner Mitarbeiter mit Hitler hatte. Darnach hat Hitler gesagt:

»Ohne Zweifel kann die Welt von heute einigen energischen Männern ein Gefühl des Glücks geben durch die Tätigkeit, die sie im Kampfe mit den Schwierigkeiten entfalten. Und was mich anbetrifft, so wäre ich in der Periode von 1880 bis 1914 nicht glücklich gewesen.«

Es hat zwischen 1880 und 1914 genug Kriege gegeben — aber ihm waren diese Zeiten zu friedlich.

Brüning in Oxford

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Brüning hat einen Auftrag zu Vorlesungen über theoretische Politik an das Queen's College in Oxford erhalten.

Hitlers Generale

Der revolutions-sichere Militärstaat

Der Generalleutnant a. D. Horst von Metzsch, ein sogenannter wehrpolitischer Schriftsteller, hat eine Schrift erscheinen lassen, die den Titel trägt: »Der einzige Schutz gegen die Niederlage«. Ein Buch im Dritten Reich, das die Niederlage im Titel trägt — sollte es ein Zeichen beginnender Erkenntnis sein, ein Zeugnis dafür, daß die Generale schon dafür sorgen werden, daß die nationalsozialistische Politik keine Dummheiten macht? Es ist weder das eine noch das andere. Es hat mit den prophetischen Worten Thomas Manns über die Situation des deutschen Volkes in einem Hitlerkrieg, mit den Warnungen des englischen Sozialisten Morrison nichts gemein. Es ist schlecht und recht eine »wehrpolitische« Paraphrase über Görings Vierjahresplan und Hitlers Antikominternpakt, mit einer Primitivität der politischen Konzeption, die von dem tiefen Niveau dieser Sorte wehrpolitischer Literatur zeugt — und von der Beflissenheit, mit der sie sich den nationalsozialistischen Direktiven anpaßt.

Weit entfernt davon, ein lauter oder stiller Protest gegen die Hitlerpolitik zu sein, ist sie eine Verherrlichung aggressiver, ja hasardierender Machtpolitik: »Die Untermauerung der kriegerischen Leistungsfähigkeit im Frieden darf sich keine freiwilligen Beschränkungen auferlegen« — das ist das Prinzip. Wo die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu Ende ist, muß sie durch gute Haltung ersetzt werden: »Mangel an Waffen und Waren kann nur zum militärischen oder wirtschaftlichen Mißerfolge, Mangel an Willenskraft und Ehrgefühl muß zur Niederlage führen. Auf diesen einfachen Gedanken kommt es mir an.« Deshalb empfiehlt er eine geistig-seelische Volkspflege, die das ganze Volk in den Bann des nationalistischen Militarismus bringen soll, deshalb fordert er die »Pflege einer bedingungslosen Wehrpolitik unserer Friedensarbeit«, deshalb preist er den Nationalsozialisten als »politischen Soldaten«, der an dieser Wehrtotalität arbeitet, deshalb fordert er die Züchtung eines »überlegenen, sicheren Selbstgefühls« und verkündet: »Wir können mit solchem Selbstgefühl nicht warten, bis zwanzig zweijährig ausgebildete Jahrgänge vorhanden sind. Und wir brauchen auch nicht darauf zu warten, wenn wir als Nation an wehrfreudigem Vervollkommungsdrange von niemandem freudig übertroffen werden.«

Nun — bei dieser geistig-seelischen Volkspflege soll der Gedanke an die Niederlage eine didaktische Rolle spielen. Die Propaganda des Systems soll die Zweifel und die unverkennbar wichtigen Betrachtungen im Volke über die militärische Lage Deutschlands auffangen und soll sie den Zwecken des Systems dienstbar machen, indem sie sie verarbeitet. Das ist ein Zug,

der sich auch sonst in der letzten Zeit in der Systempropaganda zeigt. Deshalb geht das ganze Buch auf die Formel »Unsere Lage ist gefährlich? Nun erst recht!« Wir führen folgende Stellen aus dem Buche an:

»Und doch müssen diese Eindrücke gerade den Gedanken stärken, daß wir uns nur behaupten können, falls wir das Letzte, Aeußerste, Heldischste auch dann wagen, wenn es im Gesichtskreis des einzelnen oder eines irgendwie begrenzten Teilbereichs keine Aussicht auf Erfolg zu haben scheint.«

»Allein gerade deshalb wird auf eine um so erfolgreichere Kriegsführung gerechnet werden können, je mehr sich der Staatmann wie der Feldherr auf einen Volksgeist zu stützen vermögen, der kühn ist aus der Einsicht heraus, daß es im Kriege große Erfolge ohne große Gefahren nicht gibt.«

»Vergessen wird, daß Clausewitz schon vor hundert Jahren gefordert hatte, gegebenenfalls das Letzte auch gegen jedes Wahrscheinlichkeitskalkül zu wagen.«

»Aber auch für den Schwächeren, meint Clausewitz, kann höchstes Wagen höchste Weisheit sein.«

Dieser Offensivtheorie entspricht die Einschätzung des Friedens als bloßer Vorbereitungszeit auf den Krieg:

»Kein Frieden braucht einzuschläfern, in dem die Erkenntnis nicht verloren geht, daß er dazu da ist, der Nation den Ernst etwa kommender kriegerischer Prägungen einzuschärfen.«

Dazu soll die vor dem Kriege noch verbleibende Zeit benutzt werden; denn:

»Wir sind zwar im Dritten Reich sicher vor einer Regierung, die nach verlorenener Hauptschlacht nur daran denkt, das Volk schnell in das Bett des Friedens steigen zu lassen, wir sind aber nicht sicher vor seelischen Erschütterungen des Volksempfindens.«

Dem Zwecke dieser Einschärfung soll nun die Lehre von der Niederlage dienen, nachdem die »Gottesgabe des tüchtigen Feindes wirklich nicht fehlt«:

»Kann danach zweifelhaft sein, worauf die geistige Wehrhaftigkeit abzielen muß? Sie muß gelegentlich auch einmal schwarz in Schwarz malen, um die zuversichtliche Charakterstärke zu hämmern, die das nötige Selbstgefühl in sich trägt, um sich durch jedes Dunkel durchzubohren.«

»Aber daß die ehrenhafte Niederlage ein unsterblicher, aufbauender Wert ist, stärker gestaltend vielleicht als ein leichter Sieg, das muß jedem Volksgenossen geläufig sein oder werden.«

»Düppel, Königgrätz oder Sedan haben keinen Scharnhorst, keinen Clausewitz und keinen Blücher geliefert. Die Tragödie des Weltkrieges hat uns Hindenburg und Hitler beschert.«

Deshalb müsse der ganzen Nation der »glorreiche Untergang« als eine jederzeit mögliche Eventualität vor dem

geistigen Auge stehen. Mit Hilfe dieser Didaktik soll das letzte Ideal des Militärstaates erreicht werden: der auch im Falle der Niederlage revolutions-sichere Militärstaat:

»Das Vertrauen in die Führung kann dadurch nur gestärkt werden. Ist sie glücklich, dann hebt sie sich einer so erzeugten Nation gegenüber um so vorteilhafter ab. Ist die Führung unglücklich, dann wird ihr eine geistig wohl vorbereitete Nation das Vertrauen auch im Falle des Fehlschlages nicht versagen.«

Denn sie fürchten alle, daß im Gefolge der Niederlage die Revolution einerschreiten könnte:

»Es ist kein, mindestens kein europäischer Waffengang mehr denkbar, ohne daß da oder dort marxistisch glimmende Funken zu lodender Flamme, sowjetistische Füllale zu zersetzenden Zentralen oder sonstige anonyme Kräfte der Zerstörung zu aktiven Mitgestaltern der Auseinandersetzung werden.«

Der beste Schutz dagegen aber — und das ist die Lehre des Buches — ist die absolute Wehrtotalität des Dritten Reiches, ist der »absolute nationale Krieg« gegen die »absolute internationale Weltrevolution«, als deren mögliche Repräsentanten Sowjetrußland, Frankreich, die Tschechoslowakei, alle Balkanländer und selbst Polen vorgestellt werden, während die Engländer mit einem Tadel davonkommen, weil sie den totalen deutschen Militarismus für eine Friedensstörung halten.

»Die unbedingte Einsatzbereitschaft anderer Völker wird deshalb als eine höchst lästige Gefährdung des Weltfriedens begriffen. Auch die soldatische Haltung des Dritten Reiches sieht der Engländer vielfach noch immer ähnlich.«

Diese Schrift ist — wenn man sie nicht nur flüchtig liest — geeignet, Legenden und Illusionen zu zerstören — die Illusion von der Friedfertigkeit und der Verständigungsbereitschaft des braunen Systems wie den Glauben, daß die Militärs in Deutschland friedfertiger wären als Hitler. Sie sind genau so friedfertig wie der Wehrverein vor dem Kriege — und die Schrift von Metzsch ist die Wehrvereinspropaganda von heute. Sie sind ebenso wie die Spitzen der nationalsozialistischen Partei Träger jenes aggressiven Nationalismus und Militarismus, jener nationalistischen Machtpolitik, die Todfeinde der Freiheit und des freiheitlichen Sozialismus sind. Eben um der absoluten Wehrtotalität willen haben sie sich mit Hitler verbündet zur Niederschlagung der Freiheit — denn die Freiheit wäre das Ende des totalitären Militarismus, der der letzte Zweck des braunen Systems ist. Wer das Hitlerregime besiegen will, muß sich mit denen auseinandersetzen, die schon in der Republik die stärkste Stütze der Gegenrevolution waren.

Max Klinger.

Die Deportierten wehren sich

Schwierigkeiten, Fegelschläge, keine Neigung, sich »verpflanzen« zu lassen.

Die Arbeiter-Deportationen sind ein besonders düsteres Kapitel der nationalsozialistischen Volksbeglückung. Wie Gegenstände werden die »Volksgenossen« verladen, in entfernt gelegene Teile des Reiches befördert; Familienväter werden von Frau und Kindern getrennt und in so schlecht bezahlte Arbeit gebracht, daß die Zurückbleibenden auf Fürsorgepfennige angewiesen sind, junge Menschen werden aus ihrer Laufbahn gerissen. Tausende trifft dieses Los. Gelegentlich hört man von Meutereien. Aber selten gesteht ein reichsadisches Blatt, was vorgeht. Die Preussische Zeitung Nr. 133 druckt ein solches Geständnis, dessen Tragweite dem Redakteur wohl nicht ganz zum Bewußtsein gekommen ist. Wir lesen da:

»Es ist verständlich, daß bei der ständig zunehmenden Zahl der Beschäftigten dem Ausgleich von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, eine zusehends größere Bedeutung zukommt. Wollte man aber nun annehmen, daß dieser Ausgleich sich grundsätzlich leicht und einfach durchführen ließe — sofern nur die erforderlichen Kräfte vorhanden sind —, so ist das ein Irrtum. Ganz im Gegenteil bereiten gerade die stammesmäßigen Unterschiede dieser Vermittlung vielfach Schwierigkeiten, die nur allzu oft eine Verpflanzung von Arbeits-

kräften mehr oder minder, unmöglich machen.«

Und nun werden ein paar »Schwierigkeiten« dieser Art aufgezählt. Welche Tragödien sich abgespielt haben, errät jeder Leser un schwer:

»So hat beispielsweise die bisherige Erfahrung gelehrt, daß die Pfälzer wohl durchaus arbeitsam und anpassungsfähig sind, daß sie aber keine allzu große Beständigkeit aufzuweisen haben. Es zieht sie oben einfach im Herbst, zur Zeit der Weinlese, die bei ihnen stets ein traditionelles Fest bedeutet, zurück nach ihrer Heimat.«

Der Schreiber hätte sich die Romantik der Weinlese, hätte sich den Blubo sparen können. Menschen sind keine Möbelstücke, das ist das Ganze:

»Auch von den Württembergern kann man ein Ähnliches sagen. Als Beispiel mag hier die Tatsache dienen, daß ein vor kürzerer Zeit unternommener Versuch, eine größere Zahl von Württembergern in einer geschlossenen Siedlung in Chemnitz anzusiedeln, absolut fehlergeschlagen ist trotz der wesentlich günstigeren Voraussetzungen, die bei einer solchen Art von Verpflanzung gegeben sind... Als fast restlos undurchführbar muß ferner eine Vermittlung von Schlesiern, und insbesondere Oberschleslern, nach Bayern angesprochen werden. Hier sind schon die Dialekte so verschieden, daß allein die Verständigung auf große Schwierigkeiten stößt.«

Also: Widerstand auf der ganzen Linie. Mit welchen Terrormitteln die Fluchtbereiten bei der Stange gehalten werden, verrät das Blatt seinen Lesern nicht. Unterstützungsperre, Konzentrationslager für die »Rädelsführer«, Ausstoßung aus der Arbeitsfront und damit aus jeder Arbeitsvermittlung — all das sind Peitschenhiebe, mit denen »heimat-treue« Arbeiter die Blut- und Bodenfüße ausgegraben werden. Dem geschulten Leser wird das folgende Sätzchen einiges sagen:

»Man kann überhaupt ganz allgemein sagen, daß die Arbeiter aus den Großstädten für einen Ausgleich viel schwieriger herangezogen werden können als solche aus kleineren Städten oder gar aus den Landgemeinden.«

Arbeiter aus den Landgemeinden — das kennt man. Die waren vor jeder schwerer organisierbarer, führten sich vereinzelt, preisgebener, wurden auch zum Teil durch geistige Schwerfälligkeit in ihrer Widerstandskraft gegen schamlose Ausbeuterei gehemmt. »Arbeiter aus den Landgemeinden« — diesen Trick wenden die Großverdiener und Leutschinder von Illinois über Berlin bis Mandschukuo an, um leichteres Spiel zu haben. Aber häufig schlägt's fehl. Die ländlichen Arbeiter, anstatt die Solidarität der an ihrer Seite schuftenden städtischen zu unterminieren, lernen von diesen sich zu wehren. — Heute scheint das in Deutschland noch wenig Bedeutung zu haben, aber was sich heute vorbereitet, wird eines Tages wichtig sein.

Sumpf

Rechtsanwalt und Lockvogel.

Aus Westdeutschland wird uns geschrieben:

Englische Blätter hatten Deutschland das Paradies der Erpresser genannt. Man frage die Polizei, ob damit die Auslands- und Presse zuviel behauptet. Laßt mich einen Fall aus meinem Bekanntenkreis erzählen. Ort der Handlung: eine Stadt in Westdeutschland. Ein jüdischer Intelligenzler darf dort noch eine schwache Praxis betreiben, weil er ehemaliger Frontkämpfer ist. In seiner Praxis lernt er eine Frau kennen, eine Arierin. Sie kommt wieder und wieder, bietet ihm ihre Hilfe in seinem frauenlosen Haushalt an, er weist sie ab, sie drängt sich trotzdem in den Haushalt ein, hilft eine Weile mit. Eine Freundschaft entsteht daraus. Plötzlich verschwindet sie, wird nicht mehr gesehen. Dafür meldet sich nach einem Monat am Telefon ein Rechtsanwalt A. und macht geltend, die Frau habe sich durch die Freundschaft seelische Depressionen zugezogen, müsse deshalb ein Sanatorium aufsuchen, fordere einen Schadenersatz von zweitausend Mark. Der Erpreßte lehnt ein Gespräch ab, verweist alles Weitere an seinen Rechtsanwalt (nennen wir ihn B.). Einige Tage später ist das Telefongespräch zwischen A. und B. im Gange. — A.: »Aber Herr Kollege, Sie wissen doch um was es sich handelt, 2000 sind nicht zuviel.« — B.: »Ich weiß nicht mehr als Sie. Wieso müssen es gerade 2000 sein?« — A.: »Aber Sie wissen doch Bescheid. Nein? Sie wissen nicht mehr als ich?«

So gehen sie um den heißen Brei herum, keiner will von Rassenchande sprechen, sonst müßte ja Anzeige gemacht werden. Der Schluß: Man einigt sich auf vierhundert Mark »Schadenersatz«. Der Anwalt meines Freundes hat gleichzeitig durch einen Detektiv feststellen lassen, daß die Dame in verdächtigen Cafés verkehrt, also den Jüdenfang gewerbmäßig betreibt. Als mein Freund seinem Anwalt das Herz ausschüttet und meint, das alles sei doch entsetzlich, antwortet der: »Was wollen Sie? Sie sind in dieser Woche bei mir der dritte derartige Fall. Davon leben wir heute«. Das Weitere mag sich jeder selbst ausmalen. Man kann sich denken, daß sich Rechtsanwälte zusammen tun und weibliche Lockvögel aussuchen, auf die sich ihre Praxis aufbaut. Neue Berufe tun sich auf.

Derselbe jüdische Intelligenzler wurde in derselben Woche auf die Polizeiwache seines Bezirks bestellt. Ein Beamter eröffnete ihm, eine Anzeige wegen Vergehens gegen den Paragraphen 175 sei gegen ihn eingelaufen. Mein Freund gab zu Protokoll, ihm stünden Zeugen dafür zur Verfügung, die aussagen könnten, wie normal er veranlagt sei. Der Beamte war sehr anständig und meinte sofort: »Sie brauchen nicht zu erschrecken. Jeden Tag laufen bei uns solche falsche Denunziationen ein, wir können uns vor Denunziationen kaum retten.«

Diese zwei Fälle erlebte mein Freund in einer Woche. Ja, es ist eine Lust zu leben und das deutsche Volk ist wieder anständig geworden, wie Göbbels sagt.

Für das Spital der SAI und des IGB! Für Spanien!

Ein Appell von Pietro Nenni.

Pietro Nenni, Vertreter der SAI bei den Internationalen Brigaden, hat an das Sekretariat der SAI folgendes Telegramm gerichtet:

Das Werk der Solidarität und Menschlichkeit, das die SAI und der IGB. unternommen haben, verwirklicht sich rasch dank den Bemühungen unseres Freundes Delvigne und seiner Mitarbeiter. Das Spital von Onteniente wird binnen kurzem ein Muster an Organisation in wunderbarer Umgebung sein. 1.200 Verwundete werden dort gesunden können. Ich schließe mich dem Appell der anderen Genossen an, die Sammlungen mit aller Kraft zu verstärken. Denken wir an die Verwundeten, an die Flüchtlinge, an die heldenmütige Bevölkerung Madrids. Aber Geld geben ist nicht genug. Notwendig ist der politische Kampf, um die Zurückziehung der Okkupationsarmeen aus Spanien zu erzwingen, die Mussolini und Hitler dorthin entsendet haben. Notwendig ist der leidenschaftliche Kampf gegen die faschistische Barbarei. Von dieser Barbarei empfang ich einen neuen grauenhaften Eindruck in Onteniente, wo zwei unserer auf dem Schlachtfeld von Guadalajara aufgefundenen Verwundeten gepflegt werden. Der eine war halb erwrirgt, da die Faschisten ihn trotz seiner Wunden aufgehängt hatten; dem anderen wurden die Augen ausgestochen und die Gesichtshaut in Streifen abgerissen. Gegen diese Greuel gilt es für uns alle zu handeln!

Wo steht Jugoslawien?

Auf dem Kalemegdan, der alten Zitadelle von Belgrad, heute ein wundervoller Park, steht das jugoslawische Denkmal für Frankreich. Ivan Mestrovic, der geniale südslawische Bildhauer, hat hier eines seiner Meisterwerke geschaffen: Frankreich, mit einem Degen bewaffnet, eilt Serbien zu Hilfe. Der Sockel trägt in serbischer Sprache die Inschrift: »Laßt uns Frankreich lieben, wie es uns von 1914 bis 1918 geliebt hat!« Wäre es nicht an der Zeit, diese Inschrift zu verhüllen? Ist Jugoslawien, das offizielle Jugoslawien sich seiner Dankesschuld an Frankreich noch bewußt?

Die Außenpolitik Südslawiens ist in den letzten Monaten seltsame Wege gegangen. Durch beinahe zwei Jahrzehnte gab es einen unveränderten und unveränderlichen Richtpunkt der jugoslawischen Diplomatie: die Feindschaft gegen Italien. Der jugoslawisch-italienische Gegensatz begann schon an der Friedenskonferenz, wo die Grenzziehung zwischen den beiden Ländern zu den schwierigsten und umstrittensten Fragen der interalliierten Diplomatie gehörte. Er fand seine Fortsetzung, als Italien unter faschistischer Führung seine Eroberungspläne gegen Osteuropa richtete. Die unklaren Taustversuche, mit denen Mussolini durch mehr als ein Jahrzehnt die Linie des geringsten Widerstands für den faschistischen Imperialismus suchte, stießen in Belgrad nicht bloß auf scharfes Mißtrauen, sondern auch auf entschlossene Abwehrbereitschaft. Italien erkannte, daß es seine Machtpolitik in Südosteuropa nur gegen den Widerstand Jugoslawiens durchführen konnte. Südslawien war und ist kein militärisch zu verachtender Gegner. Vorzügliche Soldaten, gewaltige Aufwendungen für das Heer machen aus Jugoslawien eine militärische Großmacht, die selbst für Italien einen ersten Gegner darstellen würde. Um so eifriger war daher Italien bemüht, seinen Todfeind an der Adria mit einem ganzen Ring feindlicher Staaten zu umgeben.

Die italienischen Intrigen im südosteuropäischen Raum haben mehr als ein Jahrzehnt stärkste Beunruhigung hervorgerufen. Der ungarische Revisionismus, der auch gegen den südlichen Nachbarn Ansprüche stellt, fand in Rom seinen ersten Schutzpatron. Bulgarien, Mazedoniens wegen mit Jugoslawien bitter verfeindet, sah in Italien seinen natürlichen Schirmherrn. Und als Albanien unter Achmed Zogu mit einem Sprung von der jugoslawischen auf die italienische Seite hinüberwechselte — die Lira war goldhaltiger als der Dinar — da war die Einkreisung Jugoslawiens nahezu vollendet. Mit der einzigen Ausnahme der österreichischen Grenze war Jugoslawien auf allen Seiten von Vasallen seines Todfeinds Italien umgeben. Kein Wunder, daß es immer wieder zu scharfen Spannungen zwischen beiden Ländern kam. So 1927, als die italienischen Herrschaftsansprüche auf Albanien sichtbar wurden. So 1932 und 1933, als die innere Krise Jugoslawiens Gelegenheit für die bewaffnete Intervention des italienischen Faschismus zu bieten schien.

Durch lange Zeit schien der erbitterte Stammesgegensatz zwischen Kroaten und Serben die innere Festigkeit des jungen Staates in gefährlicher Weise zu erschüttern. Die Kroaten, die es ablehnten, ein angegliederter Teil eines von den Serben beherrschten Einheitsstaates zu sein, verharrten in unerschütterlicher Opposition gegen Belgrad. Die Verschärfung dieses Gegensatzes, die nach der Ermordung des kroatischen Führers Raditsch im Parlament eintrat, machte das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie unmöglich und führte zum Verfassungsbruch von 1929. Von diesem Augenblick an rechnete Italien offensichtlich auf den Ausbruch des Bürgerkriegs in Südslawien und spann seine Fäden zu einem Teil der kroatischen Führer. Ein ganzes Netz von Intrigen zog sich zwischen Rom, Ungarn, Wien und — seit 1933 — Berlin gegen Belgrad. Alle Teile der mitteleuropäischen Konterrevolution suchten an dem Feuer des kroatisch-serbischen Gegensatzes ihre Suppe zu kochen. Der italienische Faschismus, der ungarische Revisionismus, die österreichischen Habsburgerfreunde und die deutschen Pangermanisten arbeiteten vereint gegen den südslawischen Staat, diesen Eckpfeiler des Staatensystems in Südosteuropa. War erst er gebrochen, dann war der Weg in die dunkelsten Abenteuer frei.

Angesichts dieser Gefahren war die südslawische Außenpolitik völlig eindeutig be-

stimmt. An erster Stelle stand die Freundschaft zu Frankreich, das als ausreichendes Gegengewicht gegen Italien erschien. Die Allianz mit den beiden übrigen Staaten der Kleinen Entente brachte Sicherheit gegen die Revisionspläne Ungarns und die monarchistischen Tendenzen in Oesterreich. Und als es schließlich gelang, vier der Balkanstaaten zum Balkanbund zusammenzuschließen, der sich eindeutig gegen die bulgarischen Expansionspläne kehrte, schien ein Sicherheitssystem geschaffen, das Deckung gegen alle Gefahren bot.

Aber die Jahre nach 1933 brachten rasche Ernüchterung. Frankreich, von der deutschen Aufrüstung bedroht, suchte die Hilfe Italiens. Laval, der Mann, der Frankreich mehr geschadet hat als selbst Hitler, verständigte sich über Belgrad hinweg mit Rom. Oesterreich geriet unter die italienische Oberherrschaft, die letzte freie Grenze Jugoslawiens fiel in die Hände Mussolinis, der damit die Einkreisung seines Gegners vollendete. Jugoslawien wagte nicht mehr auf Frankreich zu zählen. Würde Frankreich, das Frankreich Lavals, das alles der italienischen Freundschaft zu opfern schien, von Deutschland bedrängt, es wagen, sich um Jugoslawiens willen in einen offenen Gegensatz zu Italien zu begeben? Durfte man in Belgrad noch auf die Hilfe von Paris zählen, wenn Mussolini, im Schatten der deutschen Aufrüstung zur Offensive gegen Südslawien schritt? Die Erneuerung des politischen Personals in Belgrad, die der Ermordung König Alexanders folgte, erleichterte die Neuorientierung. Man begann sich nach Berlin umzustellen. War Frankreich als Gegengewicht gegen den italienischen Faschismus und die Habsburger-Restauration zweifelhaft geworden, so konnte vielleicht Deutschland, das in dieser Epoche in offenem Kampf mit Rom begriffen war, den nötigen Ersatz für Paris bieten. Man dachte freilich noch nicht im geringsten daran, Frankreich preiszugeben oder die Kleine Entente zu schwächen. Berlin blieb eine Stellung hinter der Front, auf die man sich zurückziehen würde, sobald es sicher sei, daß die eigentliche Frontlinie Paris—Prag—Bukarest—Balkanentente nicht ausreichend sei.

Dann kam das abessinische Abenteuer. Nirgendwo anders in Europa hat man die italienische Offensive in Ostafrika freudiger begrüßt als in Belgrad. Der italienische Expansionsdrang hatte nun eine neue endgültige Orientierung erhalten, die für Belgrad ungefährlich war und Mussolini in einen schweren Gegensatz zu London und zum Völkerbund brachte. Jugoslawien nahm trotz der schweren wirtschaftlichen Verluste, die es dabei erhielt, an den Sanktionen gegen Italien vorbehaltlos teil. Erst jetzt aber erkannte es, wie weit Laval Frankreich an Italien gebunden hatte. Und als dann, nicht zuletzt dank der französischen Schützenhilfe, der italienische Faschismus zunächst siegreich aus dem abessinischen Abenteuer hervorging, war der Weg für die Neugestaltung der offiziellen jugoslawischen Außenpolitik frei.

Belgrad zog aus der Niederlage des Völkerbundes und der demokratischen Westmächte seine Schlußfolgerungen. Die Beziehungen zu Berlin wurden ausgesprochen herzlich — Göring ist ein ständiger gerngesehener Gast des Prinz-Regenten — die antibolschewistische Parole von Nürnberg fand die heißeste Zustimmung am Belgrader Hof, wo alle antibolschewistischen Kämpfer, vor allem die Trümmer der Wrangel-Armee nach ihrer Niederlage in der Sowjetunion freundlichste Aufnahme gefunden hatten. Belgrad verständigte sich mit Sofia. Hatte man sich im Gründungsvertrag der Balkan-Entente dazu verpflichtet, Rumänien, Griechenland und der Türkei beizustehen, falls sie von Bulgarien angegriffen würden, so übernahm man nun die Verpflichtung, niemals zum Kriege gegen Bulgarien zu schreiten. Wie die beiden Verpflichtungen miteinander vereinbar seien, darüber sprach man sich nicht aus. Belgrad versöhnte sich mit Italien. In einem der seltsamsten Verträge der Gegenwart übernahm man auf beiden Seiten die Verpflichtung, einem Gegner des anderen Landes nicht beizustehen — als ob es ein anderes Land in Europa gäbe, als Italien, das Jugoslawien angreifen könnte. Die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern sollen ausgebaut werden. Rom verpflichtet sich, den Kroaten keine Hilfe mehr zu gewähren.

Hier mündet die Außenpolitik offensichtlich in die Innenpolitik. Stojadinowitsch, der diktatorisch regierende jugoslawische Ministerpräsident, war bereit, einen hohen Preis zu bezahlen, um die Kroaten jeglicher Hilfe vom Ausland her zu berauben. Seine Herrschaft ist erst dann gesichert, wenn die Kroaten sich mit ihm verständigt haben und die Gefahr beseitigt ist, daß sie gemeinsam mit der serbischen demokratischen Opposition den Kampf gegen ihn aufnehmen. Wenn Berlin und Rom den Kroaten ihre Hilfe versagen, muß Wien und Budapest ihrem Beispiel folgen. Die isolierten Kroaten aber hofft Stojadinowitsch mit wenig abspesen zu können.

Wie weit verträgt sich die neue jugoslawische Außenpolitik mit der alten Freundschaft zu Paris? Wie weit mit der Zugehörigkeit Jugoslawiens zur Kleinen und zur Balkan-Entente? Der Wortlaut der neuen Verbindlichkeiten, die Jugoslawien eingegangen ist, steht in einem unbestreitbaren Widerspruch zu den bisherigen vertraglichen Verpflichtungen. Sie lassen sich weder mit der französischen Allianz, noch mit der Zugehörigkeit zum Völkerbund, noch mit den Verpflichtungen der Kleinen und der Balkan-Entente, nicht mit der Freundschaft zu England vereinbaren, die Belgrad in den letzten Jahren so geflissentlich zu suchen schien. Jugoslawien ist nun Vertragspartner zweier sich widersprechender Vertragssysteme: es gehört noch immer formell zum Völkerbund, es hat seine Bindungen an Paris-London und die dazugehörigen Freundschaften nicht gelöst. Aber es ist zugleich der »Achse Rom—Berlin« sehr nahe gekommen. Welche dieser sich widersprechenden Verpflichtungen im Ernstfall gelten wird, bleibt offen. Die Entscheidung wird abhängen von der allgemeinen außenpolitischen Entwicklung in Europa, von der Gestaltung der ökonomischen Beziehungen zwischen Belgrad und den übrigen europäischen Ländern — über die wir noch gesondert berichten wollen — und nicht zuletzt von der Form der innenpolitischen Situation Jugoslawiens.

Denn alles, was in den letzten Jahren in Jugoslawien geschehen ist, war das Werk einer Diktatur, deren Massenbasis keineswegs imponierend ist. Die Diktatur hat, nicht zuletzt um ihrer eigenen Machtinteressen willen, Anschluß an die Außenpolitik der diktatorischen Länder gesucht. Aber wenn auch sie die alte Dankesschuld an Frankreich vergessen haben mag, in den breiten Massen des serbischen und des kroatischen Bauernvolkes lebt sie fort. Ihr Träger ist der unbesiegbare Freiheitswille dieser Bauern, in deren Herzen noch das Pathos des Freiheitskampfes gegen die türkische Despotie lebendig ist. Ist es nicht ein Zeichen dieser tiefwurzelnden demokratischen Überzeugungen, daß selbst Matschek, der gegenwärtige kroatische Führer, in seinem Blatt einen Artikel veröffentlichte, der für die vollständigste Solidarität mit Paris und London eintritt? Der Faschismus hat die Kroaten, in deren Händen das Schicksal der jugoslawischen Demokratie liegt, enttäuscht. Sie wenden sich der westeuropäischen Demokratie zu. Deutschland und Italien mögen die Bundeshilfe der heute regierenden Gruppe des Landes gewonnen haben. Aber die überwältigende Mehrheit des südslawischen Volkes in allen seinen Stämmen fühlt seine Verbundenheit mit jenen, die für die Freiheit kämpfen. K. T., Beograd.

Großgrundbesitzer Streicher!

Nun hat auch Streicher sein landwirtschaftliches Gut. Er hat in Pleikershof bei Cadoizburg ein Gut mit 100 Tagwerk landwirtschaftlicher Nutzfläche erworben. (Ein Hektar hat 2,93 bayrische Tagwerk, so daß Streicher jetzt über rund 35 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügt. Das ist für die dortigen Besitzverhältnisse ein Großgrundbesitzer.) Streicher hat zur Bewirtschaftung des Gutes einen Verwalter eingestellt, der alle Sonntage in die Kirche geht. Ob seine Frömmigkeit echt ist, oder ob er so fleißig in die Kirche geht, um seinem Arbeitgeber darüber zu berichten, bleibe dahingestellt.

Die Bauern in der Umgebung von Nürnberg sagen nun: Wir sollen mehr Getreide bauen, mehr Hanf bauen, mehr Schafe halten, aber mehr Land hat man für uns nicht. Gehen wir nach Pleikershof wallfahrten, dort kann es uns Julius zeigen, wie man es macht.

Brauner Schweinemord

Zunehmende Spannungen in der Hitlerwirtschaft

Die Lage auf dem deutschen Getreidemarkt bleibt recht angespannt. Gegenwärtig werden die Mühlen kaum mehr vom Handel, sondern nur zentral von der Reichsgetreidestelle beliefert. Die Umtauschaktion, durch die die Bauern bewogen werden sollten, ihre Restbestände an Weizen und Roggen gegen Lieferung von ausländischen Futtermitteln an die Getreidestelle abzuliefern, hat nur ein mäßiges Resultat geliefert und ist jetzt im wesentlichen abgeschlossen; es kommen keine nennenswerten Mengen mehr zum Vorschein. Die Reichsgetreidestelle muß in immer stärkerem Maß nicht nur die billigere Futtergerste und Hafer, sondern den teureren Weizen einführen. So berichtete die »Times« vom 14. Mai, daß die Weizenmärkte auf die Nachricht großer deutscher Ankäufe mit einer Erhöhung von 6 Pence für den Quarter Australweizen eröffneten. Die Abschlüsse Deutschlands belaufen sich auf etwa 56.500 Tonnen, zumeist für Verfrachtung im Mai. Ganz verödet bleibt der deutsche Futtermittelmarkt, und das erklärt die Zunahme der Schweineschlachtungen. Im März wurden 2.14 Millionen Schweine geschlachtet, gegen 1.74 im März des Vorjahres, also um 400.000 mehr. Dabei ist das Schlachtgewicht beträchtlich auf 93 gegen 99 Kilogramm pro Stück zurückgegangen, weil die Futtermittel zur Vollendung der Mast eben nicht ausreichen. Hatte der Reichsnährstand noch vor kurzem großschönig verkündet, daß die vermehrten deutschen Viehbestände bis zur nächsten Ernte unbedingt durchgehalten werden müssen, so ist jetzt der »Schweinemord« in vollem Gang. Die augenblicklich einigermaßen ausreichende Fleischversorgung ist also nur Vorbote künftigen Mangels, um so mehr, da sich die geprellten Bauern durch die Versprechungen der »Bauernführer« kaum ein zweites Mal zur Vermehrung ihrer Viehbestände, für die dann kein ausreichendes Futter vorhanden ist, werden verleiten lassen. Der Bevölkerung wird übrigens schon jetzt angekündigt, daß größere Mengen des wachsenden Schweineangebots von der »Reichsstelle für Tiere« aus dem Markt genommen werden. »Sie werden zum Teil eingekühlt und zum Teil wieder auf Dosenkonserven verarbeitet, um im Sommer dieses Jahres, wenn mit einem Rückgang des Fleischangebots zu rechnen ist, als Ausgleich eingesetzt werden zu können.«

Daß der Reichsnährstand sich in bezug auf seine Fleischpolitik geschlagen geben muß, daß von dem Durchhalten eines vergrößerten Viehbestandes und damit von dem Erreichen einer dauernd genügenden Fleisch- und Futtermittelversorgung nicht mehr die Rede ist, hängt natürlich zusammen mit den schlechten Ernteaussichten. Auch der neueste Bericht, der den Saatenstand Anfang Mai behandelt, muß konstatieren, daß »Kühle und Feuchtigkeit die Entwicklung beeinträchtigen«. In den meisten Bezirken waren die »Niederschläge« zu stark, so daß in Verbindung mit niedrigen Temperaturen, die schon bestehende Entwicklungsverzögerung nicht aufgeholt werden konnte. Der Gartenstand ist im Einzelnen verschieden. Ungünstig stehen die Winterfrüchte, vor allem im Osten. Es folgt ein allgemeines Klagegedicht:

»Die Saaten sind im Winter 1936/37 infolge Schnecken-, Mäuse- und Tipulafraß ungünstig überwintert. Daneben ist die verhältnismäßig hohe Auswinterung auch darauf zurückzuführen, daß sich infolge des ungünstigen Herbstwetters die Wintergetreidebestellung verzögerte und deshalb die Saaten schwach entwickelt in den Winter kamen. Beim Roggen wurden vor allem die mit ungeheiztem Saatgut bestellten Felder in Mitleidenschaft gezogen.«

Aber auch um die Sommersaat steht es wenig günstig. »Infolge des vorwiegend nassen Wetters ist die Bestellung des Sommergetreides und der Hackfrüchte allgemein im Rückstand. Auch der Weideauftrieb hat erst vereinzelt begonnen.«

Zu diesen Schwierigkeiten auf dem Ernährungsgebiet, die im Laufe dieses und des kommenden Jahres noch sehr erheblich zunehmen müssen, und die für dieses Regime unüberwindlich sind, da sie die völlige Abkehr von der bisherigen Wirtschaftspolitik erfordern, kommen andere nicht minder große. Da ist, um zunächst noch bei den Folgen für die Massen des Volkes zu bleiben, die zunehmende Wohnungsnot. Die Bautätigkeit im ganzen

ist gestiegen. Aber während in der veruchten Systemzeit der Wohnungsbau weit aus den größten Raum einnahm, ist er seit der Diktatur immer mehr zugunsten des »öffentlichen Baus«, d. h. zugunsten des Baus von Kasernen, Autostraßen, Flugzeugplätzen, Rüstungsfabriken usw. zurückgegangen. Die Folge ist der sich ständig verschärfende Wohnungsmangel. Da infolge der Aufrüstung Eisennot herrscht, das verfügbare Eisen aber für die Bedürfnisse der Wehrmacht, für die Industriebauten des Vierjahresplanes, schließlich für die Exportindustrie reserviert bleibt, ist für den Wohnungsbau, der jetzt ja ausdrücklich besonderer Erlaubnis bedarf, immer weniger übrig. Die Folge ist ein katastrophaler Rückgang der Wohnungsbautätigkeit. Im ersten Quartal 1937 zeigt sich folgendes:

Für Nichtwohngebäude stiegen die Bauvollendungen im ersten Quartal mit 4.47 Mill. cbm umbauten Raum um 6.1% über die vergleichbare Vorjahresleistung, die Baubeginne mit 4.68 Mill. cbm sogar um 37.1% und auch die Bauerlaubnisse mit 5.37 Mill. cbm um 23.8%. Im Wohnungsbau nahm zwar im ersten Vierteljahr 1937 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in den erfaßten Groß- und Mittelstädten um fast 26.000 Wohnungen (einschl. Umbauten) auch noch um 3.6% zu. Jedoch ist dies für die seit der Baueisenkontingentierung datierende neuere Entwicklung der Bauwirtschaft nicht charakteristisch, weil diese kleine Mehrleistung dem nach 1937 übernommenen, ungewöhnlich großen »Ueberhang« von an der Jahreswende noch nicht vollendeten Bauten zu verdanken sein dürfte. Dagegen wirkt sich die Baueisenverknappung in dem Rückgang der Baubeginne um 8.7% auf 18.070 und noch stärker in der Abnahme der Bauerlaubnisse um 18.3% auf rd. 20.500 deutlich aus. Im März d. J. hat sich in den Groß- und Mittelstädten die rückläufige Entwicklung im Wohnungsbau bezeichnenderweise noch etwas schärfer als im ganzen Quartal ausgeprägt, mit einem Rückgang der Bauerlaubnisse um 29.9%, der Baubeginne um 26.2% und selbst der Bauvollendungen um 0.2%. Die Zahl der mit Kleinsiedlungsmitteln im ersten Vierteljahr 1937 fertiggestellten Wohngebäude hat sich auf 787 gegenüber der vorjähr. Vergleichszeit (1481) bei dem schon an sich geringen Ergebnis noch fast halbiert.

Nicht nur Kanonen statt Butter, sondern auch Kasernen statt Wohnungen, befiehlt Hitler.

Aber die Schwierigkeiten wachsen nicht nur im Bereich der Versorgung der Massen, sondern auch im Bereich der unmittelbaren Kriegswirtschaft. Die »Autarkie« ist ein recht teurer Spaß, und die Widersprüche, in die sie die deutsche Wirtschaft verwickelt, werden immer unlösbarer. Man weiß, daß die Wehrwirtschaft auf die Motorisierung den größten Wert legt; aber um die Herstellung teurer künstlichen Benzins zu ermöglichen, hat man neben direkten und indirekten Subventionen, die man der Industrie gewährt, Öl- und Benzinzölle eingeführt, die den Betriebsstoff übermäßig verteuern. Dasselbe macht man jetzt für Kautschuk. Da der Ersatzstoff Buna etwa fünf- bis achtmal so teuer ist, wird jetzt der Preis des Naturprodukts erhöht, indem man auf den bisher zollfreien Kautschuk einen Zoll von 125 RM je Doppelzentner einführt. Das ist nichts weniger als ein rund 100-prozentiger Wertzoll; er bedeutet also mindestens eine Verdoppelung des bisherigen Preises. (Hamburger Notierung von Mitte Mai 126.75 RM für 100 Kilogramm.) Dabei soll der Zoll bei Schwankungen des Rohkautschukpreises je nachdem erhöht oder gesenkt werden. Der deutsche Kautschukpreis soll eben vom Weltmarkt »abhängig« und konstant gehalten werden, um die Konkurrenz von Buna zu erleichtern. Aber die exorbitante Zollerhöhung hat noch einen anderen Zweck. Ihr Ertrag soll zur Finanzierung eines Teils der neu zu errichtenden Anlagen für die Buna-Fabrikation dienen. Diese Kosten, wird amtlich erklärt, sind beträchtlich und können nur zum Teil von der Industrie aufgebracht werden. Nun hat Deutschland 1936 eine Einfuhr von über 800.000 Doppelzentnern Kautschuk, der Zollertrag ist somit auf rund 100 Millionen RM im Jahre zu schätzen. Das ist aber die Jahressubvention, die den Buna-Produzenten, hauptsächlich der »I. G.-Farben«, zufließen wird, vielleicht zum Teil auch den Verarbeitern, da die Buna-Verarbeitung auch teilweise kostspielige Änderungen der bisherigen Einrichtungen zu erfordern scheint. Die deutsche Wirtschaft wird so mit einer 100-Millionensteuer, mit der Verteuerung eines wichtigen Rohstoffes neu belastet, ihre Exportfähigkeit weiter verringert, um der verrückten Autarkieillusion zu fröhnen. Und da wagt es der Schacht noch, nach Paris zu fahren und dort von wirtschaftlicher Kooperation zu reden! Dr. Richard Kern.

Das Ende des Preisstops

Die Preisstopverordnung, die die Löhne und Gehälter davor schützen sollte, durch Preissteigerung entwertet zu werden, wird mehr und mehr durchlöchert. Für Exportware galt sie schon seither nicht, weil ja der Weltmarkt sich nicht nach dem Kommando des Preiskommissars und Gauleiters Wagner richtet, denn auf dem Weltmarkt herrscht, wie es im »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst« (1.-Mai-Heft 1937) richtig heißt, nach wie vor unbarmherzig das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Es sei daher »nur recht und billig, wenn unsere Exportwaren an den gebesserten Ausfuhrpreisen kräftig teilhaben. Aber neuerdings werden von der Preisverordnung ausgenommen nicht nur Waren, die selbst zur Ausfuhr, sondern auch solche, die zur Herstellung von Ausfuhrwaren bestimmt sind, der sogenannte mittelbare Export, »gleichgültig ob sie auf die von den Vorstufen gelieferte Ware noch bearbeitet oder nur mit der Ausfuhr verbunden wird.« Damit wird die Preisbildung noch unkontrollierbarer und komplizierter, als sie bisher schon gewesen ist, dagegen die Umgebung der Preisstopverordnung erheblich vereinfacht. Je mehr Waren aber unter die Ausnahmen fallen, um so mehr muß ein Preissteigerungsdruck und das allgemeine Preisniveau in die Höhe treiben, der Preisstop in einen Preisstreib umschlagen.

Deshalb ist denn auch, wie der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« ankündigt, ein »neues Grundgesetz für die Preisbildung« in Vorbereitung, das »wahrscheinlich formell die Stopverordnung ablösen wird.« Dieses Gesetz wird den Grundsatz endgültig erledigen, daß der Preis vom Herbst vorigen Jahres als Höchstpreis zu gelten habe, und sich statt dessen »auf dem Grundsatz des volkswirtschaftlich gerechtfertigten

Preises aufbauen, ohne ihn wissenschaftlich zu definieren.« Mit anderen Worten: es wird den Fabrikanten und Händlern überlassen, was sie als gerechtfertigten Preis ansehen wollen. Das neue Gesetz »wird also eine Probe auf das Verantwortungsbewußtsein des Kaufmanns sein, der ja persönlich genau weiß, was gerechtfertigt ist und was nicht.« In Zukunft wird also nicht der Preis vom Oktober 1936, sondern das eigene Ermessen des Unternehmers für die Preisbildung entscheidend sein. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat Warenknappheit erzeugt und damit der verpönten liberalistischen Bildung der Preise nach den Selbstkosten selbst zum Durchbruch verholfen. Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik erschlägt die nationalsozialistische Preispolitik, weil angesichts der wachsenden Warenknappheit die Preissteigerung nicht mehr aufrecht zu erhalten, das Preisstop nicht mehr durchführbar ist. Das wird auch vom »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst« eingestanden, der voraussagt, daß, selbst wenn in diesem Sinne mit größter Verantwortung verfahren würde, Preissteigerungen nun einmal nicht ausbleiben könnten. Deshalb müßten »zum Ausgleich gegen Preissteigerung und Gefährdung des stabilen Lohnniveaus Preissteigerungsmöglichkeiten bei anderen Werten unter allen Umständen aufgespürt werden«. Wenn alle Waren im Preise steigen, bleibt nur eine Ware, deren Preis noch gesenkt werden kann, die Ware Arbeitskraft. Dazu braucht man nicht die Löhne zu senken, sondern nur die Arbeitszeit zu erhöhen und das Hetztempo zu steigern. In Zukunft wird man den Druck auf den Arbeitspreis mit der Notwendigkeit begründen, die Warenpreise niedrig zu halten. Bisher hat man angeblich die Warenpreise nie-

drig gehalten, um die Löhne nicht erhöhen zu müssen. Das ist gehupft wie gesprungen und kommt beides auf das gleiche hinaus, nämlich darauf, daß die Kosten der Kriegsvorbereitung und ihrer Folgen auf die Arbeitenden abgewälzt werden.

Deutscher, iß Fisch!

Du darfst ihn hoch bezahlen

»Zu den ernährungspolitischen Zielen des Vierjahresplanes gehört die Steigerung des Fischverbrauchs.« So heißt es im »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst«. Man hat eine wahre Propagandaschlacht geschlagen, um die Hausfrauen zu bewegen, Fleisch, wofür Futtermittel eingeführt werden müßten, durch heimische Fische zu ersetzen. Die Firma Nordsee Deutsche Hochseefischerei Bremen-Cuxhaven A. G. z. B. wirbt für vermehrten Fischverbrauch mit einem Reklameumschlag, auf dem zu lesen steht:

»Deutscher, iß Fisch!

Du sparst dem Reich Devisen«

Die Voraussetzung für die Bevorzugung des Fisches vor dem Fleisch wäre doch, daß Fische billiger als Fleisch sind, oder mindestens nicht teurer als vor der amtlich befohlenen Propaganda für das Fischessen. Nach dem »Nationalsozialistischen Wirtschaftsdienst« müßten zur Durchführung dieses Teils des Vierjahresplanes, »die für den Konsum entscheidenden Sorten so billig angeboten werden, wie es nur möglich ist«. Die Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft ist aber »anderer Ansicht«. Nach ihrer neuen Marktordnung soll der bisherige Auktionsmindestpreis für Konsumfisch »von 5 auf 6 Rpf. je ½ Kilogramm steigen, wovon ½ Rpf. auf die neugeschaffene Ausgleichsabgabe entfällt. Der Mindestpreis der Reeder erhöht sich also um ½ Rpf. Dazu kommt eine Vergrößerung der Spanne des Küstengroßhandels um 1 Rpf., der Mindestpreis ab Küstengroßhandel erhöht sich von 11 auf 13.5 Rpf., also um 2½ Rpf. Das bedeutet eine Steigerung um mehr als 20 Prozent für den Mindestpreis.«

Das ist eine seltsame Methode des Preisstops. Die Verbraucher werden nicht nur gezwungen, das fehlende Fleisch durch Fisch zu ersetzen, sondern auch noch dafür zu zahlen, daß die Fischgroßhändler und die Besitzer der Fischdampfer den durch Fleischknappheit gesteigerten Fischverbrauch zu gesteigerten Gewinn ummünzen können. Wer gewinnt dabei? Allein Reeder und Großhändler. Wer zahlt drauf? Der Einzelhandel, »der in vorbildlicher Gemeinschaftsaktion eine Million Reichsmark für die Fischförderung aufgebracht hat, und vor allem der Verbraucher. Denn die neuen Preise bedeuten, daß der Mindestpreis für Kabeljaufilet von 21 auf 27 Rpf. für den Binnengroßhandel steigt, also um nicht weniger als ein Drittel. Die Verbraucher zahlen bisher für ½ Kilo Kabeljaufilet zwischen 35 und 40 Rpf., jetzt »muß Kabeljau für den Verbraucher mindestens 47 bis 48 Rpf. kosten. Das ist also eine Verteuerung um 20 bis 30 Prozent und mehr. Der »Nationalsozialistische Wirtschaftsdienst« schreibt dazu:

»Die Steigerung des Seefischabsatzes soll erreicht werden, indem man die Preise erhöht. Mit vernünftiger Wirtschaftspolitik hat diese Marktordnung natürlich nichts zu tun. Geschichte und einflussreiche Interessenten machen offenbar den Versuch, die notwendige Verbrauchslenkung für die Erringung geschäftlicher Vorteile zu benutzen.«

Aber diese Kritik ist ja ein Rückfall in wüsten Liberalismus, wenn nicht gar »Marxismus«. Denn die Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft, die diese Marktordnung festgesetzt hat, ist ja keine Vereinigung von »Interessenten«, sondern eine Einrichtung des nationalsozialistischen Staates. Sie untersteht dem Kommando nicht etwa des liberalistisch angekränkelten Dr. Schacht, sondern ist eine Formation in Darrés Reichsnährstandsarmee, deren Aufgabe es bekanntlich ist, dafür zu sorgen, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, dem Einfluß von Interessenten nicht nachzugeben, sondern ihn zu verhindern. Wie ohne Gottes Willen kein Spatz vom Dache fallen kann, so kann ohne Darrés Willen in seinem Ressort kein Preis steigen. Zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gehört eben auch die nationalsozialistische Preispolitik, zur Lenkung des Verbrauchs auch die Bestimmung darüber, wer ihre Kosten zahlt und wer dabei den Gewinn einheimst. Wenn im nationalsozialistischen Staat die Großunternehmer auf Kosten der Einzelhändler und Verbraucher Gewinne machen, die allgemeine Entbehrung zu Profiten ausnützen dürfen, so tragen dafür nicht diese Unternehmer selbst die Verantwortung, sondern der nationalsozialistische Staat, denn wofür wäre er sonst ein »totaler«? G. A. F.

Lebendiger Marxismus

Zu Max Adlers »Das Rätsel der Gesellschaft«

Der Marxismus steht heute bei der bürgerlichen Welt schlecht im Kurs: die Wissenden und Denkenden fürchten in ihm die große geistige Macht, die einmal ihrer Herrschaft ein Ende setzen könnte; und die Demagogen haben ihn entweder zum Prügelknaben gemacht, der an allen von ihnen selbst gesetzten Uebeln die Schuld tragen soll, oder sie haben ihn als Kinderschreck herausgeputzt, um die gegen sie Murrenden mit etwas noch Böserem bedrohen zu können und um für ihr Wüten einen billigen Vorwand zur Hand zu haben.

So furchtbaren praktischen Schaden die sozialistische Bewegung unter dieser Aechtung des Marxismus gelitten hat, so wenig würde sie im Geistig-Ideellen bedeuten, aber leider hat der antimarxistische Kreuzzug auch im sozialistischen Lager selbst ein befremdend starkes Echo geweckt: es gibt Kräfte, die den Gedanken der ökonomischen Wurzel des Geschichtsprozesses, des Klassenkampfes, der Internationale usw. als überholt bezeichnen und ihn durch einen an Unklarheit und Verschwommenheit schwer zu überbietenden »Volkssozialismus« ersetzt sehen möchten; und ebenso oft stoßen wir in sozialistischen Abhandlungen auf das Wort »Vulgärmarxismus« als Inbegriff alles Banalen und Abwegigen, wobei nur leider so ziemlich das ganze Gedankengut des Marxismus als solch peinliche »Vulgarisierung« angesehen und in Bausch und Bogen abgetan wird. Nichts liegt uns ferner, als daß wir alles, was sich »marxistisch« nennt, auch schon als bedeutend anerkennen oder daß wir jede Kritik am Marxismus als Sakrileg ausschreiben wollten. Wohl aber hat, wer es mit dem Sozialismus irgendwelcher Grundhaltung ernst meint, die moralische und intellektuelle Pflicht, mit wissenschaftlicher Exaktheit festzustellen, wo ihm die Gefahr des Abirrens marxistischer Denkweise ins Platte und Alltägliche vorzuliegen scheint. Denn der allzu freigebige Gebrauch der Etikette »Vulgärmarxismus« droht einigermaßen unkritische Sozialisten gegen alles, was von marxistischer Seite kommt, mißtrauisch zu machen und damit den gesamten Sozialismus über kurz oder lang seiner stärksten geistigen Triebkraft zu berauben.

Wie blind die stereotype Verbindung »Vulgärmarxismus« am lebendigen Geist der Lehre vorbeisieht, wie unstar, unmechanistisch und durchgeistigt noch immer das von Marx aufgebrachte Denkverfahren zu funktionieren vermag, das kann man freilich nicht aus dem literarischen Tagesertrag der vielen kleinen Mitläufer ablesen; da muß man sich schon an die echten Vertreter und Wahrer des Marx'schen Gedankengutes halten, und darum kommt das große erkenntniskritische Werk Max Adlers »Das Rätsel der Gesellschaft« (Saturn-Verlag, Wien 1937) gerade heute wie gerufen, denn es warnt in seiner reichen, tiefen und strengen Geistesfülle alle Urteilsfähigen, leichtgenu mit dem Worte »vulgär« den Namen einer Lehre zu verkoppeln, die noch solchen Ertrag hervorzubringen imstande ist.

Was an dem Buche zuerst imponiert und es als ungewöhnliche Leistung legitimiert, ist die Rickenlose, niemals abirrende, Argument an Argument fügende Geschlossenheit der Gedankenentwicklung, ist die logische Kraft, die aus ganz wenigen aus sich selbst einleuchtenden Voraussetzungen Möglichkeit, Wesen und Grenzen der Natur- und der sozialen Erfahrung ableitet. Das Verfahren, das ihn dazu befähigt, verdankt Max Adler dem eigentlichen Bahnbrecher der modernen Erkenntnistheorie, Kant, der den geistigen Arbeitsprozeß selbst, seine Formen und seine Gesetze mit Hilfe der »transzendentalen Methode«, d. h. mit Hilfe der »Selbstdurchleuchtung des Bewußtseinsprozesses und der Auseinanderlegung seiner Funktionsweise«, zum Gegenstand der Erforschung machte. Den archimedischen Punkt seines Systems aber fand er in der bei Kant, Fichte und Hegel vorbereiteten, von Marx und Engels klar her-

ausgearbeiteten Erkenntnis, daß nur »der vergesellschaftete Mensch« zu erfahren und zu denken vermag, weil der Mensch seinem eigentlichen Wesen nach ein Geschöpf ist, »das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann.«

Von diesen beiden Ausgangsorten seines Denkens her verankert Max Adler die Gesellschaftslehre, die Soziologie, in der Erkenntnistheorie, denn nur so glaubt er sie auf sichere Grundlagen stellen und sie aus dem Streit der Meinungen retten zu können, der an ihr alles: Gegenstand, Aufgabenkreis, Ziel und Methoden, in Frage stellt. Er beginnt darum nicht beim Letzten und scheinbar Selbstverständlichsten, bei der Wesensbestimmung der »Gesellschaft«, sondern untersucht Schritt für Schritt, wie der Mensch zu einer gesellschaftlichen Erfahrung überhaupt gelangt. Auf diesem Weg überzeugt er uns nicht nur davon, daß unser Denken alles Sein erzeugt, daß also sämtliche Denkinhalte nicht vielleicht etwas »Vorgefundenes« und von außen an uns »Herangebrachtes«, sondern ein »vom Bewußtseinsprozeß Getragenes und durch ihn Bestimmtes« sind. Nein, er macht uns auch klar, daß unser Glaube an die objektive, unbestreitbare und allgemeingültige Existenz der Außenwelt unseren unwillkürlichen Glauben an die Existenz ebenso denkender, von denselben Bewußtseinsprozessen erfüllter »Ichs« zur unausweichlichen Voraussetzung hat. »Der Begriff der Objektivität oder Gültigkeit kommt erst dadurch zustande, daß ich mein Bewußtsein mit dem Bewußtsein zahlloser Neben-subjekte von vornherein in eins setze — der »Andere«, die soziale Umwelt ist in meinem Objekt-Denken a priori schon gegeben. »Mitten in dem scheinbar individuellen Erlebnis des Ich und in seiner nur auf die Sache selbst sich stützenden Beziehung tut sich mit einem Male etwas Neues auf — der Andere und das Interindividuelle, d. h. die geistige Gemeinschaft mit ihm und unbestimmt vielen.«

Dieses »Sozialapriori« unseres Welt-erlebens, diese notwendige Beziehung aller

Erfahrung »auf die Anderen als Glieder des eigenen geistigen Zusammenhanges« beweist die »transzendente Vergesellschaftung« des denkenden Ichs — »das individuelle Bewußtsein ist a priori vergesellschaftet«. Das Soziale bewährt sich damit als konstitutives »Element des logischen Denkprozesses, es gehört solcherart zu den Bedingungen der Erfahrung überhaupt. Das Soziale ist also kein Produkt des menschlichen Zusammenlebens, des Denkverkehrs der Einzelnen oder des Mit- und Gegeneinanderhandelns derselben, sondern eine Form des Bewußtseins, die alles historische Zusammenleben und alle soziale Entwicklung erst möglich macht«, es ist ein »geistiges Sein«. Geistiges Sein darum, weil es auf der immanenten geistigen Verbundenheit mit allen anderen Ichs beruht, weil es »das Zusammensein des Ichsubjektes mit Neben-subjekten« in jedem Einzelbewußtsein zur Voraussetzung hat.

Weil sich die Vergesellschaftung in jedem Einzelbewußtsein vollzieht, so ist auch, so seltsam das klingen mag, das Individuum der Gegenstand der Gesellschaftswissenschaft, aber freilich das denknotwendig vergesellschaftete Individuum, das Individuum als Träger und Erleber des sozialen Seins. Als Seinswissenschaft den Naturwissenschaften eng verwandt, muß sich die Gesellschaftswissenschaft gleich diesen der kausalen Methode bedienen, nur daß eben die soziale Kausalität etwas Geistiges und nicht, wie die naturale, etwas Physiko-Chemisches oder gar Mechanistisches ist; und auch das Normative kommt in ihr insofern zu einem gewissen Recht, als alles Soziale nur innerhalb eines Rahmens von Ganzheits- oder Einheitsbeziehungen erfaßt werden kann und dies wieder notwendiger Weise Wertungen und Zielsetzungen mit sich bringt. Im weiteren Sinne gehören zur Sozialwissenschaft alle Einzeldisziplinen, die sich mit den verschiedenen Erscheinungen des geistigen (sozialen) Seins und Geschehens beschäftigen, also die Rechts-, Staats-, Religionswissenschaft

usw. und die Geschichte sowohl als Geschichtswissenschaft wie als Geschichtsschreibung. Auch die Psychologische gehört hierher und ebenso die Charakterkunde. Im engeren Sinne bezeichnet der Ausdruck »Sozialwissenschaft« die Soziologie, d. h. die Wissenschaft vom Wesen und den Formen der Vergesellschaftung sowie von den Gesetzen ihrer Veränderung. Die Soziologie ist also eine Einzelswissenschaft mit einem selbständigen, genau angebbaren Gegenstand, insofern sie aber »die Grundorientierung für die Begriffsbildung, Problemfassung und Methode in allen einzelnen Sozialwissenschaften« liefert, darf sie wohl »in ihrem allgemeinen Teil als die Grundwissenschaft aller Sozialwissenschaften bezeichnet werden.«

Diesen Charakter der Soziologie als Seinswissenschaft haben Marx und Engels durch ihre Herausarbeitung des historischen Begriffs vom vergesellschafteten Menschen begründet, ihre geniale Analyse hat »hinter den ökonomischen Versachlichungen und politischen Verselbständigungen«, hinter »den Allgemeinideen und Allgemeingefühlen«, hinter den großen Gedanken »Volk, Vaterland, Menschheit« usw. die Rolle der tätigen Menschen in ihrer dialektischen Vergesellschaftung zum Vorschein gebracht. Erst wenn man so sieht, welche Bedeutung der erkenntniskritische Interpret des Marxismus dem Geistigen im gesamten Entfaltungsprozeß der Menschheit zuweist, ja wie er »geistige« und »soziale« einander gleichstellt, vermag man die Verantwortungslosigkeit der Behauptung, daß die marxistische Denkweise allzu leicht zu Mechanisierung, Materialisierung und Banalisierung verführe, ganz zu erlassen, erst dann reduziert man das gefährliche Schlagwort vom »Vulgärmarxismus« auf seinen wahren Wert: daß es nämlich in seiner schwer bestimmbareren Verallgemeinerung eine Denkmethode bedenkenlos verächtlich macht, die heute noch ebenso reiches, vorwärtsweisendes Leben in sich birgt wie am ersten Tage.

Alfred Kleinberg.

Flagellanten in der Redaktion

Der »Dank des Vaterlandes« für stramme Gleichhaltung

Aus dem Rheinland wird uns geschrieben:

Zur Methodik der Kasset-Erziehung an Deutschen Hitler-Opfern gehört es — darin stimmen alle »Greuelberichte«, die beglaubigten und die unbeglaubigten, ganz monoton überein —, die Delinquenten sich selbst moralisch und auch physisch beschmutzen zu lassen. Etwa so: »Nicht wahr, du bist ein Hebräer, ein krummbeiniger?! Wirst du gleich sagen, daß ihr Judenschweine den Weltkrieg angestiftet habt?! Nun wird's bald? Reich' mal den Ochsenzemer herüber! Sau, nimm die Hose herunter! Wie war's also mit dem Weltkrieg und den Juden — — —?!« Dann Wimmern und klatschende Hiebe: »Jawohl, Herr Standartenführer, wir Juden sind schuldig am Weltkrieg. Jawohl! Ja wirklich! Gott o Gott! Heil Hitler!«

Da Schinderknechte im allgemeinen nicht über viel Phantasie verfügen und eigentlich das ganze Hitlersystem aus solchen reinstallierten rüden Primitiven besteht, wäre es schlecht denkbar, daß seine Torturmethoden sich großen Abwechslungsreichtums erfreuen könnten. Nein, das tun sie nicht! Die »Rezepte« ist und bleibt ebenso primitiv, als beständig und kontinuierlich. Zur Zeit wird sie an der gesamten früheren katholischen Presse Deutschlands mit geradezu vollendeter Präzision vollzogen. Hier, im deutschen Westen, ist zur Stunde die Atmosphäre geradezu geschwängert von den kalten moralischen Schweißausbrüchen der ehemaligen Zentrumsredakteure, die sich in diesen Tagen allen Prozeduren jenes Kasset-Flagellantismus unterziehen müssen. Wir bleiben bei einem konkreten »Greuelbeispiel«.

Da ist die immer noch an einem wenn auch sehr dünn gewordenen Lebensfaden hängende »Kölnische Volkszeitung«. Sie fungierte beinahe drei Menschenalter hindurch als »leader« des Katholizismus in geistiger, kultureller und auch politischer Hinsicht. Erschien mehrere Male täglich, hatte zeitweise einen Redaktionsstab von einigen zwanzig mehr oder weniger im katholischen Zirkel prominenten Persönlichkeiten. Hitler und seine »Justiz« brachen ihr das Genick mindestens das Rückgrat. Verlagsmäßig mußte das in den Bankrott gepreßte Unternehmen — die Verlagsmanager durch Zuchthausurteile gebrandmarkt — in die bescheidene Kameradschaftshilfe eines Essener katholischen Provinzverlegers sich flüchten, der, weil es im ausgesprochenen Ruhrgebiet immer noch eine zahlreichere katholische Arbeiterschaft gab, die sich nicht so mir nichts, dir nichts innerlich gleichschalten ließ, wie Kleinbürger, Intellektuelle und Bourgeoisie in der alten Domstadt, noch seinen katholischen Geschäftsstandard wenigstens halbwegs halten können. Noch heute amtiert der frühere Chefredakteur an der so amputierten »Kölnischen Volkszeitung«. Er zog es vor, auszuharren auch in der »babylonischen Gefangenschaft« der Zeitung, während schon ein großer Teil der engeren Kollegen den Weg zur neuen »Weltanschauung« und zu entsprechenden braunen oder doch angebräunten Mäcenaten des Zeitungsgeschäfts gefunden hatten. Er war früher Buchdrucker, die Ordensbrüder seiner Geburtsstadt Würzburg hatten ihm die Karriere des »Arbeiterstudenten« ergreifen lassen. Der ehemalige arme Setzer durfte nun sich alle akademischen Ehren holen. Den Weltkrieg machte er als Hauptmann der Reserve mit allen Auszeichnungen von

Anfang bis Ende mit. Vielleicht kam gerade das alles bei ihm zusammen, um ihn doch standhalten zu lassen. Mit ihm ging als einziger noch der Lokalredakteur, der im alten Verlag als Laufbursche vor Jahrzehnten begonnen hatte; so eine »Volkspartei« — als auch ein Stück ihres Antiburussianismus — wollte immer das »Zentrum« darstellen; man gab in alter rheinisch-demokratischer Tradition dem Kopf und nicht der Stelze, der Begabung und nicht dem Geburtsschein in entscheidender Situation den Vorzug.

Nichts darüber, wie die beiden Katholiken (aber ihr Schicksal ist ja nur das typologische für Hunderte anderer mit genau derselben Qual und Schande des nationalsozialistischen Werkeltages) sich bisher schlecht und recht durch alle Dschungeln des ihnen nun vorgeschriebenen literarischen »Amtswaltertums« unter der Knute von Göbbels und seiner rabiaten jungen Leute durchgewunden haben. Sie spuckten mit nach Kräften auf die »Emigrantens«, die katholischen mit eingeschlossen. Sie lutschten mit an allen Schreckenengeschichten und Dienstmädchenromanen über die »bolschewistische Weltgefahr«. Sie entdeckten die Kuriositäten einer »ständischen Wirtschaftsordnung« ebenso mit, wie ihren genau bis zum Tage der »Machtergreifung« rückwirkend datierten Antisemitismus. Nur — was ihnen jetzt an Schändung des eigenen Selbst, an erzwungener geistiger Zuhälterei in Kumpagnei mit literarischer Gangsterlei, an »moralischem Geißeltum und Weltanschauungsmasochismus« täglich zugemutet wird, das spottet selbst der Satire.

Jawohl, sie verschicken ihre Zeitung nach wie vor in die Pfarrhäuser und denen erzählen sie jetzt spaltenlang, welcher Lust-

Graf Helldorf schlägt die Volte

Der Magische Zirkel und seine Prominenten

Himmel und Kinderschänder eigentlich so unter jeder katholischen Soutane lebt: wie es ihnen das Deutsche Nachrichtenbüro befiehlt! Sie lassen ihre Zeitung nach wie vor aufliegen in den Refektorien katholischer Kranken- und Pflegeanstalten, nicht ohne zu vergessen nachzuweisen, welche Brutstätten widernatürlichen Lasters sie doch auf einmal geworden sind: wie es ihnen Herr Göbbels im täglichen Posteingang anbeordert.

Ach ja, wie sahen auch sie schon »das neue Zeitalter« anbrechen, als damals, vor Jahr und Tag, der »marxistische« Polizeipräsident durch einen ganz rechts und »autoritär« stehenden Mann ihrer Farbe, einen alten aktiven Militär, gegen das klare Verfassungsrecht »abgelöst« wurde. Als er dann zwei Jahre später von den Nazis geschast wurde, nur weil er ein paar Hitlerjungen hatte festnehmen lassen, weil sie auf den Altar der alten Kirche von St. Ursula gep... hatten, kam vielleicht zum ersten Male das grausige Erwachen in der selbstgewählten Löwengrube. Wildschweine zähmt auch kein Konkordat. Jetzt ist es an ihnen, sich selbst mit der Reitpeitsche Streichers ein dutzendmal täglich kräftig ins Gesicht zu hauen!

Trifft sie aber nicht doch so etwas wie eine »höhere Vergeltung«? Man erinnert sich ja wohl bei dieser Gelegenheit, wie sich die Herren von der »Kölnischen Volkszeitung« schon einmal mit der abscheulichen Tartüffe-Moral des »right or wrong — my country« ohne großen Zwang gleichgeschaltet hatten. Das war, als der belgische Kardinal Mercier in »großer Zeit« gegen die Erschießungen von Dinant, gegen die Deportationen im »okkupierten Gebiet«, gegen den Geist der Beseler und Bissing drohend und düster predigte, der die Miß Gaveil und viele andere auf dem Gewissen hat. Damals schon machten sie, ausgerechnet sie, sich zum besonderen Sprachrohr der bewußten deutschen Unschuldslüge; damals war ihnen auch der Kardinalhut nicht heilig, da es nun einmal um die Pickelhaube und ihre Reputation ging; damals waren sie so »guter Gesinnung«, daß das Große Hauptquartier sogar eine Extra-Feldausgabe der »Kölnischen Volkszeitung« an die »wackeren Feldgrauen« gratis und franko verausgabte, die sie freilich oft genug — in weit besserem Wissen um ihr eigenes Heldentum — eher zum Gebrauch auf der Stange, denn zur Bereicherung ihrer deutschen Gesinnung zu benutzen pflegten... Die Sünde wider den Geist ist eben eine himmelschreiende Sünde. Und so hat alles schließlich seinen tiefen Sinn auf Erden — — — E.

„Doktor“ — ein Parteititel

Juden dürfen bekanntlich in Deutschland nicht mehr promovieren. Das genügt den nationalsozialistischen Studenten nicht, ihr Vaterland muß größer, ihre Konkurrenz muß kleiner sein. Deshalb gibt die »Bewegung« — Zentralorgan des NSD-Studentenbundes, Nr. vom 11. Mai — auf die Frage »Dokortitel zeitgemäß?« die Antwort:

Der Blockwart

Er weiß, wann Müllers Schweinebraten essen, er weiß, wo Meier seine Hemden kauft, er weiß, daß Schulze gerne Kümmel sauft, er weiß — und wird es nicht so bald vergessen — daß ihn Frau Renz mal »Tausendohr« getauft. Ihn, den Blockwart.

Er stört jedes heimliche Liebesidyll und pocht auf die rassistische Sendung, er gräbt seine Nase sogar in den Müll — von wegen der Abfallverwendung.

Will einer fremde Aetherwellen naschen, schwänzt einer einen Umzug der Partei, klagt einer, daß die Butter ranzig sei — weh ihm! Es kommt heraus, man wird ihn haschen.

Wer ihn verpöfft, weiß nur die Polizei — und, allerdings, der Blockwart.

Der spannt in der Hausflur, beim Kegeln, beim Skat auf die leiseste kritische Regung. Er ist der unbekannteste Soldat einer durch und durch noblen Bewegung.

Das Stahlbad

Der Fluch langer Friedenszeiten.

In Potsdam gibt es eine »nationalpolitische Erziehungsanstalt«. Ihr Leiter heißt Ulrich Sander, Dichter nebenbei und ist buchstäblich ein Schulbeispiel braunen Pädagogentums. Sein literarisches Thema: der Krieg. 1934 brachte er ein Kriegsbuch heraus, in dem »das heldische Leben eines Pionier-

Undankbar, wie die Nazis gegen ihre geistigen Vorkämpfer sind, haben sie die Hellscher, Handleser und Sternbilddeuter samt ihrer Presse verboten. Da sie aber in der Praxis anscheinend nicht ganz ohne Magie auskommen, erfreut sich die Gemeinschaft der Zauberkünstler, Professionelle wie Amateure, ihres ganz besonderen Schutzes. Unter der Schirmherrschaft des Reichspropagandaministers hat soeben in Berlin der »Magische Zirkel« das Fest seines 25jährigen Bestehens begangen, und wenn man den spaltenlangen Bericht des »Angriffs« darüber liest, so versteht man, warum die Künste des fingerfertigen Tricks fortan zu den festen Institutionen des Dritten Reiches gehören.

Da läßt — dies alles wurde auf der Tagung veranschaulicht — ein Herr Oberingenieur H a y d e r schwere Vasen mit nichts, dir nichts verschwinden! Da wachsende Herrn Fabrikanten Speer veritable Glühbirnen in der Hand! Der Produktionsleiter Schreiber hat die Gewohnheit, »mit Napoleon, Roswitha von Gandersheim, Walther von der Vogelweide und mit verstorbenen Großmüttern zu telefonieren!« Professor Hörmann sucht herauszubekommen, »wie man Nähadeln schluckt, ohne die Speiseröhre zu verletzen!« Nicht ohne Grinsen berichtet der Redakteur des »Angriffs«, wie sich einer von Kopf bis Fuß in Gips legen läßt und unversehrt wieder herausgepölpelt wird. Immerhin wird festgestellt, daß sich auch der Magische Zirkel zu einer vorbildlichen Volksgemeinschaft bekennt, denn in völliger Gleichberechtigung gehören ihm sowohl Arbeiter wie Generaldirektoren an.

Es versteht sich von selbst, daß solche Künste ohne eine Liaison mit der nationalsozialistischen Wissenschaft nicht auskommen. Darum ist — immer nach dem »Angriff« — der Magische Zirkel korporativ dem Psychologischen Institut der Universität Leipzig angeschlossen:

»Die Psychologen machen sich über die Zauberei streng wissenschaftliche Ge-

»Wer einen akademischen Grad erlangen will, muß die Anforderungen der nationalsozialistischen Wissenschaft und Forschung erfüllen. Von Wahrheitsstreben, Gesinnung und Charakter müssen Forschung und Lehre getragen sein. Allein unter diesen Voraussetzungen ist auch heute der Dokortitel zeitgemäß.«

»Lebensferne« Doktorarbeiten, so fährt das Blatt fort, seien wertlos. Als lebensnahe Arbeiten gelten natürlich nur solche Dissertationen, die auf den ersten Blick die Führertreue ihres Verfassers erkennen lassen. Nicht nur die Juden — auch die Neinsager sollen von der akademischen Lauf-

truppe, den er führte, geschildert wird. Weil es in der Zeit entstand, »da plötzlich Kriegsbücher Modesache wurden, wie die Köln-Volkzeitg. schreibt, also nach Remarques Erfolg niedergelegt wurde, hielt es sich im Rahmen der Reportage. Sein wirkliches Herz schüttelte der Jugenderzieher erst im Dritten Reich aus, und so erschien denn vor einiger Zeit ein Roman, der sinnig »Das feldgraue Herz« betitelt ist und das Massenmorden segnet. Es hat unseres Wissens in der Demokratie kein Roman angepriesen werden können, der den Weltkrieg als einen Segen feiert. Diese Zeit stand noch zu sehr unter Kontrolle der Frontsoldaten, da zuckten Schmerz und Trauer noch zu sehr in aber Millionen Herzen, als daß eine solche Blasphemie möglich gewesen wäre. Erst mußte eine von der Nazilüge verwirrte Generation heranwachsen, che die Weltkriegsschrecken in ein Glück umgefälscht werden konnten. Und kein deutsches Blatt darf wider diesen Irrsinn aufstehen! Die katholische Köln-Volkzeitg. Nr. 139 schreibt zu dem Buche:

»Sander unternimmt es hier, von dem Weltkrieg als von einem Segen zu sprechen. Die Vorkriegszeit erscheint ihm als »verseucht, angefault und überständig«. ... Nicht nur, daß langsam die friedensmäßigen Anschauungen vergingen, sondern daß der Krieg dem damaligen Kämpfergeschlecht wieder zum natürlichen Verhalten hat, erkennt Sander als den größten Segen des Weltkrieges an.«

Und wenn auch Deutschland durch die Verhelfung »zum Natürlichem« nahezu zwei Millionen Männer verlor, so steckt für Sander gerade darin das Segenreiche:

»Immer neun Mann unseres Geschlechts

danken. Möglicherweise ergründen sie eines Tages, daß die Zauberei die reine, spielerische, grundlegende Form des menschlichen Triebes zur Technik ist. Diese an Philosophie grenzende und zur Erkenntnis des technischen Zeitalters nicht unwesentliche Frage wird von Leuten bearbeitet: Inwiefern handelt Rolf Hansen, der fünf brennende Kerzen aus seiner Jackentasche holt, obwohl er es eigentlich nicht nötig hat, inwiefern handelt er aus dem gleichen Urtrieb heraus, der den Neandertaler veranlaßte, solange mit einem Ast in einem Holzschicht herumzubohren, bis Feuer aufsprang? ... Die Parapsychologie hat nicht zuletzt eine große sozialhygienische Aufgabe zu erfüllen: das Volk vor den gewaltigen Gefahren eines falschen und von verbrecherischen Elementen bewußt genährten Wunderglaubens zu bewahren. Ihre erste Aufgabe ist es, einwandfreies Material über das Vorhandensein okkulten Zusammenhänge zu sammeln. Da jedoch der raffinierte Bluff auf keinem Gebiete solche Blüten treibt wie auf dem des Geheimnisvollen, sinnlich nicht Faßbaren, ist es gut, wenn Parapsychologen zu Beginn ihrer Arbeit das studieren, was die Zauberei zu Zaubern macht: die Grundreaktionen der menschlichen Sinnestäuschung.«

Es handelt sich also um eine Wissenschaft, die des Schweiges aller Edlen wert ist! Gleichzeitig liegt ein Zeugnis dafür vor, daß die Behauptung, in Deutschland gäbe es keine freie Forschung und Lehre mehr, eine dreiste Emigrantenlüge ist. Denn nehmen es die Parapsychologen mit ihrem Studium ernst, so werden sie an der Summe aller braunen psychologischen Komplexe nicht vorbeisehen können. Der von »falschen und von verbrecherischen Elementen bewußt genährte Wunderglaube«, das »Gebiet des raffinierten Bluffs«, die »Grundreaktionen menschlicher Sinnestäuschung« gehören zu jenen seelischen Kompositionen des Dritten Reiches, ohne die es nicht denkbar wäre. Geben die Machthaber das Studium dieser Phänomene wirklich frei, so hat dieser Zweig der neudeutschen Wissenschaft eine Aufgabe, die die ganze Welt wieder einmal in Erstaunen setzen dürfte.

bahn ausgeschlossen werden, damit die nachdrängende braune Unfähigkeit genügend Raum habe.

Schicksalsfrage

»Die zur Entscheidung stehende Frage ist die, ob für den Standesbeamten allgemein der Gehrock angeordnet oder eine besondere Amtstracht in der Art der richterlichen Robe geschaffen werden soll« (Preuß. Ztg. Nr. 133)

Approximative Blutsbande

»Wie verhält man sich, wenn in der Ah-

sind tot. Aber jeder Zehnte wird immer und für alle Zwecke seine Kompanie zusammenhaben. Kompanie in einem höheren Sinne. Eine der tiefsten Erkenntnisse des Krieges; Voraussetzung für eine neue Welt.«

Immer wieder wird eine Welt »anfaulend« und »überständig« werden, also wird Krieg immer wieder zum Segen reichen. Wenn künftig Städte massenweise durch Bomben vernichtet und Frauen samt Kindern durch Gift und Gas dem Heldentod im Hinterlande zu Millionen überliefert werden, so wird doch wenigstens jeder Dreißigste »seine Kompanie zusammen haben«, nicht wahr? »Voraussetzung für eine neue Welt«, mit noch neuerer Massenmordtechnik. Sollten einst zum Schluß nur noch einige Irre übrig bleiben, so können sie feststellen, wie heroisch das Menschengeschlecht zu Grunde ging, um nicht überständig zu werden.

Die Nazipresse hat mehrfach beschworen, am Kriege seien die Entente und die Juden schuld. Aljuda, wie Ludendorff schreibt. Aber wenn er doch ein Segen war, dann sind die Juden mithin der Welt zum Heile geworden. Dann sind doch alle Kriegsschuldigen gleichzeitig die Wohltäter Europas. Wozu also das Geschrei wider die Kriegsschuldige? Wer löst das Dilemma, wer bringt Ordnung in den braunen Wirrwarr?

Hitler hält Friedensreden und appelliert immer wieder an die Frontsoldaten. »Keiner, der die Schrecken des Krieges kennt, kann wünschen, daß je wieder — »Und Leiter seiner politischen Erziehungsanstalten dürfen den Giftkrieg als Segen preisen! In diesen Schulen wird der »Führernachwuchs« herangebildet. Welcher Trottel soll braunen Friedensreden noch glauben? B. Br.

Eine Frage nur: warum wird jener Rolf Hansen, der fünf brennende Kerzen aus seiner Jackentasche hervorzuzaubern weiß, nicht für die Zwecke des Vierjahresplanes dienstbar gemacht? Könnte er nicht auf die gleiche Weise Rohstoffe und Devisen reproduzieren? Göring und Schacht sollten sich einen solchen Mann nicht entgehen lassen. Den Neandertaler haben sie ohnehin auf ihrer Seite.

Endlich aber erfahren wir aus dem »Angriff«, daß zu den prominenten Mitgliedern des Magischen Zirkels kein Geringerer als der Polizeipräsident von Berlin, Graf Helldorf, gehört. Es wird ihm attestiert, daß er »die Volte zu schlagen weiß« — so ausgezeichnet, daß er auf diesem Gebiete im Dritten Reiche nahezu konkurrenzlos sei. Mittelmäßig informiert, wie wir sind, haben wir im Brockhaus der Sicherheit halber nachgeschlagen, was man in der kosmopolitischen Begriffsbestimmung unter »Volte schlagen« versteht. Die Auskunft lautet:

»Im Kartenspiel versteht man unter »Volte« die Gewandtheit, die Karten während des Mischens so zu wenden, daß eine gewisse Karte an einen bestimmten Platz zu liegen kommt.«

Der Herr Polizeipräsident Helldorf ist also mühelos imstande, jedes Kümmelblättchen magisch aus dem Sattel zu heben! Man sieht, daß das Dritte Reich in der Auslese der Tüchtigen stets den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen weiß.

Aber, um der Wahrheit die Ehre zu geben: die ungewöhnlichen Qualitäten des Grafen Helldorf beziehen sich keineswegs nur aufs Kartenspiel. Vor vier Jahren hat er einen sehr lebendigen Coeurbuben »auf einen bestimmten Platz« befördert. Nämlich seinen früheren Busenfreund, den in viele Details der braunen Machtergreifung allzu tief eingeweihten Hellscher Hanussen. Man fand ihn erschossen im Stau der Landstraße. Ob Helldorf als Mitglied des »Magischen Zirkels« diesen Geist noch manchmal zitiert oder zitiert läßt, wird freilich magisches Geheimnis bleiben. Harald.

nenreihe ein außerehelich geborener Ahne auftritt? Stellt sich heraus, daß die Mutter in der Empfängniszeit mit mehreren Männern verkehrt hat, so ist von jedem derselben die Ahnenreihe zu verfolgen« (»Der Westen«, Berlin, Nr. 138)

Sein Friedenswille — Kitsch

Das Propagandaministerium hat als »nationalen Kitsch« verboten: »Sängergruß auf den Führer: Heil Dir, mein Führer, Du großer Held. Willst Frieden bringen der ganzen Welt.« (Reichsanzeiger Nr. 112.)

Die Unbekannten

Alle unsere älteren agitatorisch tätigen Genossen wissen von der Mühe, die es noch nach 1900 selbst in den Randgebieten der Großstädte kostete, die Frauen politisch zu interessieren. Es gehörte zu den Ironien der Geschichte, daß Männer gegen die Männerherrschaft reden, daß Männer den Frauen ihre politischen Rechte aufdrängen mußten. Denn die Zahl der Frauen, die dabei agitatorisch mithelfen konnten, war vor dreißig Jahren denkbar gering; um so ungewöhnlicher mußte die Leistung jener Tapferen erscheinen, die sich aus Not und Dunkel über den Kreis ihrer rechtlosen, indifferenten Leidensgenossinnen hinaus-schwangen und ihnen trotz Kerker, Gefahren, Hohn und feindseliger Ablehnung die sozialistische Botschaft brachten.

Alfred Kleinberg und Fanny Blatny haben im Graphia-Verlag ein stattliches Buch herausgebracht, das die sudetendeutsche Arbeiterinnen-Bewegung bis zum Weltkrieg schildert. Auf 262 Seiten entfalten sich Vormärz und Nachmärz, die Geschichte Oesterreichs und seiner sozialistischen Bewegung. Das alles wird in lebendigem Stil dargestellt, belebt von Dokumenten, Erinnerungen der weiblichen Pioniere, Schilderungen und Erzählungen aus vergangenen Notzeiten. Aus Arbeitsfront und Familiendruck wächst langsam da und dort eine Frau heraus und in die Arbeiterbewegung hinein. Konservatismus der eigenen Klassengenossen, Spießertum, Polizei und Staat stellen sich hemmend in den Weg. Viele Opfer und zähe Arbeit kostet es, ehe auch die Arbeiterfrau wagen kann, unbehel-

Immunität für Bonzen und Bönzchen

Für braune Erpresser, Verleumder, Ehrabschneider sind die Gerichte »nicht zuständig«

Obgleich es schon heute für einen gewöhnlichen Sterblichen unmöglich ist, auf dem Rechtsweg gegen einen beamteten braunen Verleumder, Schädiger, Erpresser vorzugehen, sieht sich die NSDAP wieder einmal genötigt, ihre »unantastbaren Hoheitsrechte« — auch auf dem Gebiete der Rechtsverdunklung — ausdrücklich zu betonen. Die Parteipresse veröffentlicht eine »parteiämliche Stellungnahme, in der es (wir zitieren nach der Preussischen Zeitung Nr. 137) u. a. heißt:

»Beide zusammen, Partei und Staat, sind »Träger des Reiches« (Reichsminister Dr. Frick).

Daraus folgt, daß die staatlichen Gerichte nicht in die Hoheitsphäre der Partei eingreifen können. Mehrmals wurden nach der Machtübernahme Versuche unternommen, durch bürgerlich-rechtliche Schadensersatz- oder Unterlassungsklagen wegen unerlaubter Handlung gegen Politische Leiter vorzugehen. Diese Versuche mußten jedoch an der Unzulässigkeit des Rechtsweges scheitern.

An der »Unzulässigkeit des Rechtsweges« — nicht an mangelhafter Beweisführung. Denn auf das noch so wohl begründete Recht des Klägers kommt es in keiner Weise an:

»Die Tätigkeit und die Stellung gerade der Hoheitsträger der Partei macht es unter Umständen erforderlich, daß sie Volksgenossen wegen irgendeines gemeinschaftsschädigenden Verhaltens in der Öffentlichkeit oder in Mitgliederversammlungen angreifen, oder daß sie nachteilige Begutachten über irgendwelche Personen

abgeben müssen. . . In allen denjenigen Fällen, wo das abgegebene Gutachten oder die ungünstige Äußerung den Tatsachen entspricht oder in gutem Glauben von dem Politischen Leiter für richtig gehalten wurde, steht diesem der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zu, das heißt, er hat »in Wahrung berechtigter Interessen« gehandelt und kann nicht bestraft werden.

Weise jemand einem politischen Leiter nach, daß er nicht »in gutem Glauben« gehandelt hat! Aber selbst wenn das gelänge, selbst wenn — und das wäre wohl der einzig liebste Fall — der Kläger handgeschriebene Briefe seines Beleidigers vorlegen könnte, aus denen hervorginge, daß der Kerl wider besseres Wissen darauf los verleumdet hat — was wäre damit gewonnen? Nichts. Jeder deutsche Richter, dem das beweiskräftige Material unterbreitet würde, müßte achselzuckend sagen: »Tut mir leid. Das ordentliche Gericht ist hier nicht zuständig.« Und wenn der Rechtsuchende darauf händelnd erklärt: »Meine Existenz steht auf dem Spiel, mir bleibt nur der Strick, wenn ich kein Recht finde«, so würde der Richter vielleicht die Parteizitung aus der Tasche ziehen und auf den folgenden Absatz hinweisen:

»Lediglich in den Fällen, in denen es sich um eine Schadenshaftung im Sinne des Art. 131 der Reichsverfassung handelt, sind die ordentlichen Gerichte zur Entscheidung zuständig (z. B. der Kraftfahrer eines Parteilagers verletzt auf einer Dienstfahrt einen Volksgenossen oder bei einer Schließübung entsteht durch mangelhafte Schutzmaßnahmen des zuständigen SA-Führers

ein Sach- oder Personenschaden). Aber auch hier richtet sich ein Anspruch auf Schadensersatz nicht gegen den betreffenden Parteigenossen, sondern gegen die NSDAP selbst, die für diese Schäden haftet. In allen übrigen Fällen können Maßnahmen von Politischen Leitern oder sonstigen Amtsträgern der Bewegung nur durch die vorgesetzte Parteienstelle nachgeprüft werden.

Durch die vorgesetzte Parteienstelle! Zwar wird zynisch versichert, wenn der Politische Leiter »aus persönlicher Gehässigkeit« gehandelt habe, werde schon »eine entsprechende Bestrafung eintreten«. Aber wer in Deutschland, wer in der ganzen Welt, glaubt noch an solche Ammenmärchen?

Nein, die Sache ist ganz klar: nicht nur die großen Parteifürsten — die für ihre skrupel- und straflose Rechtsbrecherer bekannt sind — auch ihre Lakaien sind unantastbar, dem Gesetz entrückt, dürfen sich nach Belieben an ihren Mitmenschen austoben, ohne daß sie irgendjemand zur Verantwortung ziehen könnten.

Privilegien solcher Art hat es in der Geschichte schon gegeben, die Despoten aller Zeiten haben ihre Kreaturen in ähnlicher Weise vor dem Arm der Gerechtigkeit bewahrt. Aber immer hat sich das Willkürregiment früher oder später gerächt — an der Kaste, an der Volksgruppe, die es ausübte. Und diese Rache pflegte derart zu sein, daß die davon Betroffenen ihre ehemals genossenen Vorrechte tausendmal verfluchten.

Normale — natürlich, warum soll er nicht sein »ordentliches« Recht haben? Was quält das andere, wenn wir zufällig unserem Nachbar ein paar Provinzen abnehmen wollen? Früher ging das doch auch »lokalisiert« und mit »neutralitätspolitischen« Zugaben ab! Es ist die zynische Mentalität des hundertprozentigen Militarismus, und zwar eines solchen, der sein Jahrhundert ganz und gar verschlafen hat und selbst durch die harten Schläge des Weltkrieges in seiner atavistischen Orthodoxie nicht wankend gemacht werden konnte....!

Immerhin, wenn man solche Betrachtungen im Dritten Reich anstellt: wie weit ist es dann wieder davon entfernt, daß eine neue — und diesmal noch sicherlich weit begründetere — Kriegsschuldfrage und Anti-Hunnenstimmung die Welt dramatisch beschäftigt? Am Ende werden die Rungos ja sowieso wieder in den Mauselöchern von 1918/19 verschwunden sein...

Das Dritte Reich — tänzerisch

Neue Wege deutscher Ausdruckskunst

Durch die braune Presse geht dieser Bericht:

»Einen ganz neuen Weg haben der Ballettmeister Wilmo Kamrath und der Komponist Hans Klaus Langer mit ihrer Tanzschöpfung »Die letzte Fahne« eingeschlagen, die in diesen Tagen im Oberschlesischen Landestheater Beuthen zur Uraufführung gelangte. Zum ersten Male wird in diesem Werk der Versuch unternommen, die zurückliegenden Jahre des Kampfes um Deutschland tänzerisch zu gestalten. Die Handlung, die sich vielleicht sehr scharf an die Grenze des Möglichen bewegt, wird durch die Musik des ober-schlesischen Komponisten Hans Klaus Langer zu einer Tanzschöpfung von überdurchschnittlichem musikalischem Gehalt.

Da man die Details nicht kennt, muß man der Phantasie freie Bahn geben. Wir stellen uns die einzelnen Szenen vor, die den Sieg des Nationalsozialismus in der tänzerischen Apotheose realisieren, mit braunen und schwarzen Vor- und Eintänzern und vielleicht mit einer Primaballerina aus Braunau am Inn. Bilder wie die folgenden: »Die Verjagung der Marxisten und Novemberverbrecher«, »Auf der Flucht erschossene« oder »Peitschentanz im Konzentrationslager« sind ohne Zweifel einige Höhenpunkte dieser choreographischen Neuschöpfung.

»Ganz neu« ist der Weg freilich nicht. Seine Vorbilder sind die mittelalterlichen Totentänze. Da wird das gepeinigte Volk vom dunklen Gevatter zum Sterben geführt, verleitet vom Fiedel und Trommel. Immerhin ist es möglich, daß die Herren Kamrath und Langer unter dem Erlebnis des Dritten Reiches dieses Vorbild noch übertroffen haben.

„Ordentliches“ und „Unordentliches“ Kriegsrecht

Ein völkerrechtlicher Stoßseufer aus dem Dritten Reich

Ausgerechnet unter der Rubrik »Brücken zum Ausland« führt der braune Völkerrechtsjurist Heinrich Rogge im Organ des »Deutschen Akademischen Austauschdienstes« (letztes Aprilheft) als gegenwärtigen Standpunkt Deutschlands folgende Klage gegen die außerdeutsche Umwelt, nachdem er auseinandergesetzt hat, wie der letzte Weltkrieg von den damaligen Alliierten als eine Art Freiheitskrieg der Demokratie gegen das autokratische Prinzip des deutschen Kaiserismus und Militarismus geführt worden ist, wie also eigentlich ein dramatisch-tragischer Weltgegensatz von der zeitgemäßen des heutigen bereits damals blutig genug abgehandelt wurde:

»Diese Kriegsdeologie (der Alliierten) verneinte das ordentliche Kriegsrecht, das sich als Selbstbeschränkung der Kriegsgewalt kennzeichnet und auf dem Satze »hosti etiam fides est servanda« (auch gegenüber dem Feinde gilt Treue und faires

Verhalten) beruht und hatte zunächst insbesondere diese beiden Folgen: Erstlich verdrängte sie das Recht und die Moral der Neutralität. Wenn es darum geht, den Feind des Menschengeschlechtes, das Kriegsverbrechervolk, zu bekämpfen — so lautete damals die Propaganda, mit der man die Völker zum Kriegsbetrieb aufhetzte — dann darf niemand sich der solidarischen Pflicht entziehen, in diesem heiligen Krieg mitzustritten. Und weiter: diese Kriegsdeologie vom Strafzug gegen die Kriegsverbrecher verdrängte das »hosti etiam fides servanda«, das notwendige Basis des Friedensvertrages als Institution des Kriegesrechtes ist. Sie machte einen ehrlichen Friedensvertrag unmöglich mit der Begründung, zwischen dem Verbrecher und dem Strafrichter gäbe es kein Kompromiß. Die gleiche Ideologie wurde dann vom Völkerbund von Versailles übernommen und verwandt sowohl zur Legitimation des Sanktionskrieges wie zur Be-

kämpfung des neutralitätspolitischen Prinzips der Kriegslokalisierung. Sie liegt der Doktrin vom »einheitlichen Frieden« zugrunde, der aus jedem Krieg irgendwo in der Welt um des Friedens willen einen Weltkrieg machen will.

Wir glauben nicht, daß irgendwo einmal im Dritten Reich klarer und rücksichtsloser das in der Tat ausgesprochen worden ist, was auch heute wieder Deutschland von seiner Außenwelt wie durch einen ideologischen Abgrund scheidet, als es hier der genannte gleichgeschaltete Jurist tut. Wem soll wirklich im Dritten Reich eingehen, daß der Krieg eine Sache der allgemeinen menschlichen Moral und nicht mehr die geradezu metierhafte Übung des Staates bei passender Gelegenheit ist? Ist es nicht die Welt des großen Kurfürsten oder des Friedrichs Rex, die sie allein verstehen — drei Jahrhunderte im allgemein-zivilisatorischen Bewußtsein zurück? Ist aber der Krieg das

liegt in politische Versammlungen zu gehen. Und diese ersten unbekanntenen Führerinnen der erwachenden proletarischen Frauen — sie kamen durchwegs von unten, aus der Tiefe.

»Das Denkmal der unbekanntenen Proletarierin« heißt darum dies lebendige, instruktive Buch. Aber weil die Arbeiterinnen-Bewegung nur ein Teil des großen sozialistischen Befreiungskampfes ist und weil dieser Kampf überall in Mitteleuropa die gleichen Grundzüge aufwies, so spiegelt sich in dem Buche die gewaltige evolutionäre Entwicklung des vierten Standes: das politische Befreiungswerk des Sozialismus erstet in seinen ungeheuren Konturen. Heute, da wieder einmal gegenrevolutionäre Wellen den Kontinent zu überfluten drohen, suchen die gegenrevolutionären Demagogen sich dem strahlenden roten Befreiungswerk anzuhängen und erklären den Arbeiter feierlich zum Menschen — heute, nachdem ihn die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten in opferreichen Kämpfen politisch befreit hatte. »Ja, diese politische Emanzipation war nötig«, tönen die Fiedler des Schlachtfeldes, »aber der Marxismus...« Und verfechten im selben Atemzuge dieselben Männer und Frauen, die den vierten Stand aus Leibeigenschaft und Fron geweckt, erlöst, erhoben haben, werfen sie in Kerker und Konzentrationslager. Man braucht jedoch nur dies Stück Geschichte von ehemals aufzuschlagen, um zu erkennen, wie wacklig und vergänglich Gewaltssysteme geworden sind. In unseren Dezennien muß auch das raffinierteste politische Lügenwerk am unbekanntenen Proletarier und an der unbekanntenen Proletarie-

rin zerschellen; die Spuren ihrer Befreiungskämpfe leuchten wie Flammenschrift in das 20. Jahrhundert hinein. rg.

Luxus und Stanniol

Heroisch leben, das heißt unter Umständen, eine Villa auf Capri und einen Palast in Berlin haben. Nie hat ein Armer das heroische Leben gepriesen, das besorgten meist die Emporkömmlinge, Hochbesoldeten und Pensionsberechtigten. Nie hat ein Hungernder das Hungern verkürt oder Kanonen für wichtiger als Butter erklärt, das besorgten immer die Satten. Heroisch leben, das heißt: hart reden und weich sitzen.

Kurz, es waren fünf Salonwagen, die am 15. Mai abends den Minister Göring nach Venedig brachten. Am 16. Mai traf er mit Gefolge dort ein und war am 17. Mai vormittags schon wieder per Flugzeug in München. Der Extrazug fuhr leer zurück, Kampf dem Verderb!

In der »korrupten Weimarer Demokratie« hätte es im Parlament heftige Debatten gegeben, wenn ein Minister derart mit den Groachen der Steuerszahler umgesprungen wäre. In dieser korrupten Demokratie verschmähten es die Minister, in Salonzügen zu fahren; sie reisten in denselben Zügen, in denen andere Sterbliche dahin rollten. Attentatsfurcht kannten sie nicht, weil sie vom heroischen Leben keine Ahnung hatten.

Und was die Kostenfrage anbelangt, so können nur gewisse materialistische Elemente danach fragen. Die Parole »Kampf dem Verderb« bringt alles wieder ein. Reichswehr fährt mit Trompetern umher und sammelt Altmaterial. Sammelstage werden angesetzt,

Schulen mobilisiert, Hunderttausende Kinder schwärmen aus und sammeln Stanniol, alte Korke, Abfälle, Papier, Metallreste, Kampf dem Verderb!

Es ist im totalen Staat ein Naturgesetz, daß die Vielen kärgliche Reste zu sammeln haben, damit einige Wenige mit vollen Händen vergeuden und luxuriöser reisen können, als je sämtliche Potentaten Europas reisten. Kostspielige Luxuszüge, die leer zurück fahren, sind wichtiger als Butter oder Mehl, zumal erstere durch Palmöl zu ersetzen und letzteres durch Kukuruz bis zum Schwarzwerden zu strecken ist.

Deutschland ist wieder einfach geworden, schreibt die Nazipresse, wir sind zu spartanischen Grundsätzen zurückgekehrt, und wenn es sein muß, werden wir uns Großhungen... Die Autos, die Paläste, die geschenkten Rittergüter, der Eherkonzern, die Flugzeuge und leer rollenden Luxuszüge — das betrifft ja nur wenige, kaum einen auf zehntausend. Und es muß Staatsdienern geben, die wie Krösusse leben, damit sie dem Volke aus eigener Erfahrung sagen können, wie artfremd, nichtig, unbefriedigend und korruptierend das ist.

Nur noch Karnevalsorden

Wie die deutschen Zeitungen melden, hat der Chef der deutschen Polizei Himmeler angeordnet, »daß in Zukunft bei sportlichen Veranstaltungen und Wettkämpfen der Polizei als Preise keine Plaketten mehr aus Metall verliehen werden dürfen.« Wenn die Selbstversorgung weiter solche Fortschritte macht, werden im nächsten Krieg die Eisernen Kreuze aus Zellulose sein.

Brüggemanns letztes Glück

Als die Kirchen brannten... Diese kleine Geschichte steht im »Schwarzen Corps«: In den Tagen der Reformation weigerte sich der Bildhauer Gerhard Brüggemann, einem Befehl des Bischofs zu folgen und in eine holzgeschnitzte Madonna eine Apparatur zur Erzeugung von Wundern einzubauen, denn er war längst »Teilhaber der lebendigen germanischen Seelee, kurz, ein »erster« Nationalsozialist. Da bestachen die bösen Mönche seine schöne Geliebte und veranlaßten sie, ihm zu nächtlicher Stunde einen Liebesaft auf die Augen zu träufeln, der natürlich ein fressendes Gift enthielt. Verhöhnt und »verlacht von den Priestern, legte er sich hin zum Sterben. Aber vorher wiederfuhr ihm noch ein hohes Glück:

»Brüggemann starb, nachdem er noch lange und schwer gelitten. Sein letztes Glück aber war, daß er den großen Sturm noch erlebte, der damals über das deutsche Land hinging wie ein Feuer. Darinnen alles verbrannte, was falsch war und fremd. Darinnen auch der Abt, der ihn geschändet hatte, vernichtet wurde. Der Abt, die Mönche und Priester und auch die Kirche mit seinem Altar.

Es war also ein gutes Werk, als damals so viele Kirchen verbrannten und Priester reihenweise erschlagen wurden. Es war, nach des Autors Kurt E. Wolffa Bekenntnis, sogar »Gottes Wille«. Jeder antireligiöse Bolschewist dürfte das »Schwarze Corps« um diese wirksame Gottlosenpropaganda beneiden. Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß in der gleichen Nummer dieses Blattes ein wilder Entrüstungsturm wegen der brennenden Kirchen in Spanien tobt.

Dreißig Musterknaben — Muster ohne Wert

Unter 6.6 Millionen Betriebe — 30 Nazi-Schrittmacher

Die Rohstoff- und Devisennot im Dritten Reich hält unvermindert an, sinkende Löhne, wachsende Teuerung vermehren von Tag zu Tag die Opposition. Die hinkende Reichspropaganda kann höchstens noch einzelne gläubige Auslandsbesuche blenden und täuschen. Sie bekommen Potemkinsche Dörfer zu sehen. Das letzte dieser sozialen Trugbilder sind die sogenannten »Nationalsozialistischen Musterbetriebe«.

Auf Grund einer Verordnung vom 29. August 1936 wurden einige Wochen vor dem 1. Mai 1936 die Betriebsführer aufgerufen, sich am »Leistungskampf der deutschen Betriebe« zu beteiligen. Die Teilnahme sollte einen Gradmesser dafür bilden, »wieweit sich jeder deutsche Betrieb aus innerer Verpflichtung gegenüber Führer und Volk in die vorderste Front des Nationalsozialismus stellt«. Es ist nicht bekannt geworden, wieviel Betriebe sich an dem Wettkampf beteiligt haben. Das Ergebnis aber spricht Bände. Auf der feierlichen Sitzung der Reichsarbeitskammer vom 30. April 1936 verlieh der Führer — sage und schreibe — ganzen dreißig Betrieben die Fahne der Deutschen Arbeitsfront mit goldenem Rad und goldenen Fransen.

Selbst wenn es wahr wäre, daß die ausgezeichneten Unternehmen wirklich nach sozialen Gesichtspunkten geprüft worden sind, bliebe dieses Ergebnis so winzig, daß damit die soziale Verwahrlosung der deutschen Wirtschaft nur bestätigt wird. Unter den bekanntgegebenen Firmen sind nur wenig bekannte Namensträger enthalten. Wie kümmerlich die »Betriebsgemeinschaft« im Hitler-Reich verwickelt ist, dafür mögen folgende Zahlen sprechen.

Im »Leistungskampf der deutschen Betriebe« erhielten bei einer

Gesamtzahl	Leistungsabzeichen
Land- und Forstwirtschaft	3.075.454 2
Nichtlandw. Gärtnerei und Tierzucht	17.026 —
Küsten- und Hochseefischerei	7.418 —
Bergbau	1.309 —
Industrie der Steine u. Erden	34.066 1
Eisen- und Stahlgewinnung	1.457 1
Metallhütten	1.172 —
Herstellung von Eisen-, Stahl- u. Metallwaren	155.906 3
Maschinen- u. Apparatebau	41.834 2
Elektrotechn. Industrie	27.595 —
Optische und feinmechan. Industrie	22.618 —
Chemische Industrie	7.882 —
Textilindustrie	67.596 3
Papierindustrie	10.903 1
Ver vielfältigungsgewerbe	24.889 —
Lederindustrie	34.600 —
Kautschuk- und Asbestindustrie	1.951 —
Holz- und Schnitzindustrie	214.754 —
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	11.045 —
Nahrungs- u. Genußmittel	302.949 11
Bekleidungs-gewerbe	536.478 —
Baugewerbe	260.890 1
Wasser-, Gas-, Elektrizitätsversorgung	7.947 1
Reinigungsgewerbe	135.747 1
Großhandel	149.230 —
Einzelhandel	843.611 1
Verlags-gewerbe u. Handelsvermittlung	197.861 —
Bank- und Versicherungswesen	47.464 —
Verkehrswesen	125.411 2
Gaststätten	250.368 —

Unter der Nahrungsmittelindustrie, die es auf 11 Musterbetriebe gebracht hat, ist die Tabak-, Stärke-, Schokolade-, Biererzeugung, das Fleischer-, Bäckergewerbe usw. mit enthalten. Im ganzen umfassen Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr 3.541.809 Betriebe, also zusammen mit der Landwirtschaft 6.6 Millionen Betriebseinheiten, von denen ganze 30 die »Nazi-Betriebsgemeinschaft« begriffen und durchgeführt haben sollen. Ein jammervolles Bild des Dritten Reiches. Die Bedingungen für den Wettkampf entsprachen, wie das »Arbeitertum« schreibt, den politischen Grundsätzen der Partei. Vor der »Preisverteilung« hatte die Arbeitsfront den Unternehmern noch gut zugeredet und geschrieben:

»Allen Betriebsführern ist Gelegenheit geboten, unter Beweis zu stellen, nach Erkennen der politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, daß sie es mit der Verwirklichung nationalsozialistischer Anschauungen im Betriebsleben ernst meinen. Jeder Betriebsführer erhält den Dank für unermühten Einsatz für das Volksganze durch das Führen der Flagge der DAF mit goldenem Rad und goldenen Fransen.«

Bei Reklamesucht der Nazis würde man sicher eine große Zahl von kapitalistischen Musterknaben prämiert haben, wenn sich die Unternehmer überhaupt am »Leistungskampf« beteiligt hätten. Aber der Aufruf hat keine Anziehungskraft ausgeübt. Die deutschen Großkapitalisten nehmen die Dienste der Nazis zwar gern in Anspruch, aber »mit der Verwirklichung nationalsozialistischer Anschauungen« dürften sie es, wie hier erneut bestätigt wird, keineswegs ernst nehmen. Die Uebersicht zeigt vor allem, daß die ausgesprochen monopol-kapitalistisch orientierten Großindustriellen auf das goldene Rad wie auf die goldenen Fransen verzichten, wenn nur der Rüstungsbetrieb, sonst einträglich bleibt. Es ist kennzeichnend, daß von den großen Rüstungsbetrieben lediglich die Sulzer Waffenfabrik zu den »Musterbetrieben« gezählt wird, nachdem sie in den Besitz der Partei, der sog. »Wilhelm-Gustloff-Stiftung«

(Betriebsleiter Pg. Saukel) übergegangen war. Trotz der Musterpleite hat der Führer bei der »feierlichen Verkündung« erklärt:

»Zur Vollendung des Prozesses der Gemeinschaftsbildung sind Generationen und eine jahrzehntelange Erziehung notwendig, aber auch das heute schon erreichte Ziel ist überwältigend.«

Ueberwältigend ist die Not in Millionen landwirtschaftlicher und gewerblicher Betriebe, die auch dann noch eine furchtbare Anklage gegen den deutschen Faschismus bedeuten würden, wenn tatsächlich dreißig Betriebe halbwegs soziale Einrichtungen hätten. Die Millionen deutscher Arbeitssklaven werden kaum bereit sein, den Nazis die Zeit für die weitere »jahrzehntelange Erziehung« zu bewilligen. Für das Regime war die Proklamation der Musterbetriebe ein wohlverdienter Reiffrucht, für die Arbeiter aber sind es Muster ohne Wert.

Kriegsgas-erzeugung mit Sklavenarbeit

Görings Arbeitsplatz-Notverordnung auf den Hauptkomplex der deutschen Kriegsschemie übertragen

Der Entzug der gewerblichen Freizügigkeit für alle in der deutschen Metallindustrie zur Zeit Beschäftigten — im Ganzen weit über drei Millionen Menschen, die nunmehr an den bestimmten Arbeitsplatz durch entsprechende Verordnungsserien des Vier-Jahres-Plan-Diktators Göring gefesselt sind, den sie am allerwenigsten etwa in der Absicht noch angehen können, um sich bei einem anderen Unternehmer oder »Betriebsführer« individuell bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen — wurde bekanntlich mit dem immer drückender werdenden »Facharbeitermangel« vom Regime öffentlich begründet. Ob dieser dank der unhaltbaren Anormalität der deutschen Rüstungskonjunktur besteht oder nicht, sei dahingestellt; sicher ist, daß das zur Beruhigung der Arbeitermassen verwendete Argument für diese Galeeren-Dienstordnung sich als eine der ganz großen Lügen der nationalsozialistischen System-Propaganda nunmehr herausstellt! Denn soeben wird im dritten Reich amtlich bekanntgegeben, daß jene Göring'schen Arbeitsplatz-Notverordnungen dank eines neuen Erlasses des Präsidenten der Reichsanstalt für AV (unter dem Datum vom 27. April ds.) auch für alle Arbeiter »der chemischen Industrie und des Baugewerbes für die Arbeitsämter Bitterfeld, Halle und Wittenberg« Geltung habe. Ausdrücklich wird in den beigegebenen behördlichen Kommentaren aber auch zugegeben, wie es ja auch der Wirklichkeit entspricht, daß die nunmehr mit einbezogenen Werkstätten gar keine »Facharbeiter« sind, sondern »gemeinhin als ungelernete oder angelehrte Arbeiter angesprochen werden müßten.

Mit dieser Feststellung prangert also das Regime seine eigene grandiose soziale Verlogenheit an. Damit aber bei weitem nicht genug! Man braucht sich das spezifische, ausdrücklich durch die Verordnung »herausgenommene« Erzeugungszentrum, für das jetzt der Göring'sche Industriegaleerenzwang ganz allgemein gilt, nur einmal etwas näher ansehen. Das ist nämlich das Wirtschaftsgebiet des in der Kriegs- wie Sozialgeschichte des neueren Deutschland gleichermaßen berühmten-berühmten gewordenen »Leuna-Werkes« bei Halle; es sicherte durch seine Erzeugung von Stickstoff aus der Luft (des jüdischen Geheimrates Haber für die Hindenburg-Ludendorff schlechterdings schon im ersten Weltkriegsjahr unentbehrlich gewordene Erfindung)

Deutschland überhaupt die Möglichkeit, damals den Krieg nach der Marneschlacht noch fortsetzen zu können. Dann spielten die Leuna-Proleten, schlecht bezahlt und besonders geschunden, in den revolutionären Wirren nach Kriegsbeendigung eine besondere Rolle, die nicht nur einmal den Umkreis um die riesigen Werkschlote zum blutigen Schauplatz politischer Auseinandersetzungen mit Maschinengewehren und Minenwerfern machten. Aber im Aktionsradius der erweiterten Göring-Verordnung liegt beispielweise auch die berühmte Explosiv-Fabrik von Reinsdorf — nämlich dicht bei Wittenberg — die schon vor zwei Jahren durch das In-die-Luft-Gehen ihrer hochgefährlichen neuen Lagerbestände viele hundert Arbeitstote, die erste Legion der auf dem Felde der Hitler-Ehre Gefallenen, erforderte. Und was die Gegend von Bitterfeld angeht, so war hier — und ist es jetzt wieder — in Verbindung mit der Kraftgewinnung aus der Braunkohle, die auch für die Beleuchtung Berlins mitsorgen muß, die »elektroanalytische« Zentrale des allergrößten Teils der Erzeugung jener deutschen Kriegs-Todesgase, die als »Gelbkreuz« und »Grünkreuz« ihre dämonische Unheimlichkeit für die außerdeutsche Umwelt bis heute behalten haben. Wer im letzten Kriegsjahr in diese Gegend kam, konnte die Spuren solchen Mord-Infernos an den zu Stümpfen verkrüppelten Händen und Fingern der damals hier beschäftigten Frauen und Mädchen, an den von Säuren zerfressenen Gesichtern fast bei jedem zweiten Menschen, der ihm in der freudlosen Sand- und Föhren-Umgebung begegnete, auf sein Gemüt, so er eins hatte, wirken lassen...

Im Dreieck Halle-Bitterfeld-Wittenberg unterhält der deutsche Kriegsgott seine Waffenschmiede als Giftküche infernalisches Ausmaßes und infernalischer Planung! Hier ist mehr als sonst der deutsche Mensch nur ein kümmerliches Stückchen militaristischen Staatszweckes! Hier gibt es nur noch Rüstungsfellen! Was sie aber vorhaben, die Herren vom »deutschen Sozialismus«, die hin und wieder ihren »Führer und Reichskanzler« von Friedenspakten reden lassen: nun, mit dieser aufschlußreichen Erweiterungsnote-Verordnung haben sie ein wenig unfreiwillig ihre große Zukunfts-Ueberraschung für die Welt gelüftet.

Existenzvernichtung wird angedroht

Je ernster die Schwierigkeiten in der Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln werden, desto stärker wird der Druck der Nazis und der Behörden auf die in der Produktion und im Absatz tätigen Menschen. Das verspüren vor allen anderen die Bauern, die Gewerbetreibenden und die Einzelhändler.

Inbesondere die Einzelhändler der Nahrungsmittelbranche werden bespitzelt, kontrolliert und auf die Bedürfnisse des nationalsozialistischen Propagandaapparates einexerziert. Denn sie sind es, denen gegenüber die Bevölkerung oft recht impulsiv ihren Unwillen über den Mangel an Butter, Fett, Eiern, Fleisch, weißem Mehl und anderen un-

entbehrlichen Nahrungsmitteln zum Ausdruck bringt. Und sie haben von den Nazileitungen, von ihrer Berufsorganisation und von den Parteistellen die Anweisung, ihre Kunden entsprechend »aufzuklären«, d. h. ihnen nicht die wahren Ursachen der Nahrungsmittelknappheit zu sagen, sondern sie mit irgendwelchen schwindelhaften Ausreden beruhigen. Schriftlich und mündlich sind sie wiederholt verpflichtet worden, den augenblicklich auftretenden Mangel auf das ungünstige Wetter, auf inzwischen behobene Verkehrsstockungen, auf falsche Dirigierung des Transportes usw. zurückzuführen.

Und die Nazibonzen und die Gestapo haben die Frauen darauf abgerichtet, daß sie jeden ihnen zu Ohren kommenden Fall, in dem die Händler nicht nach diesen Anweisungen verfahren, sofort der zuständigen

Parteistelle oder auch direkt der Gestapo melden.

Natürlich droht einem solchen Geschäftsinhaber das Konzentrationslager oder das Gefängnis.

Trotz dieses Terrors erfüllen nach der Meinung der Nazis die Einzelhändler ihre Funktion in der »Verbraucheraufklärung« noch immer nicht. Die »NS-Landpost« bringt einen Artikel »Gegen die Misemacher hinter dem Ladentische«. Darin wird von »Einzelgängern« gesprochen, die aus Eigenbrütelei und selbstsüchtigen Motiven ihre Stellung in der Ernährungswirtschaft noch nicht erkannt hätten und ihre Aufgabe darin erblickten, bei der Kundschaft Unzufriedenheit zu erwecken. »Wer vorübergehende Verknappungen nur dazu benutzt, Mißstimmungen hervorzurufen, steht am falschen Platze«, so heißt es in dem Artikel, der schließlich in die folgende unmißverständliche Drohung ausklingt:

»Wer die heutigen Notwendigkeiten nicht versteht, sie nicht begreifen oder nicht mitmachen will, müsse die Konsequenzen aus seiner Haltung ziehen, die eine weitere Betätigung in der Erzeugung oder beim Absatz lebensnotwendiger Nahrungsgüter unmöglich macht.«

Das ist deutlich: jeder, der sich nicht hundertprozentig in den Dienst des nazistischen Lügen- und Unterdrückungsapparates stellt, für den ist im Einzelhandel kein Platz! Seine Existenz wird vernichtet — die Sicherung der Diktatur der Bonzen und die vollständige Ausbeutung des deutschen Volkes verlangen das!

Sorgen

»Der Besitzer eines Münchener Konzertkaffees bittet das »Podium«, den Herren Münchener Musikern mitzutellen, daß sie auch in der Hauptstadt der Bewegung mit »Heil Hitler« grüßen dürfen, und daß ihnen nichts von ihrem Gott verloren geht, wenn sie das »Grüß Gott« durch den deutschen Gruß ersetzen. Der Einsender fragt ferner an, ob man vielleicht in Zukunft auch noch den deutschen Gruß in den Verträgen festlegen muß.«

»Das Podium«, Fachblatt für Musikgaststätten. Zitiert im Westen, Berlin, Nr. 138.

Sprungbrett — wohin?

»101 Mann der Fliegenden Gau-schule des Gaues Groß-Berlin haben die Fahrt nach Ostpreußen mitgemacht, um Land und Leute, Schönheiten und Sorgen kennenzulernen... Kreisleiter Schulz vom Gauschulungsamt entbietet ihnen den ersten Willkommengruß im Namen des Gauleiters. Er bittet die Gäste mit offenen Augen und Ohren durch das Land zu fahren, das geschlossen hinter dem Führer stehe. Sie sollten, wenn sie nach Hause kämen, verkünden, daß sie ein Land gesehen hätten, daß nicht das Ende, sondern der Anfang von Deutschland und das Sprungbrett des Führers wäre.« (Preußische Zeitung Nr. 135)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.39 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (L.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslowakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.